Das Westphälische Dampfboot.

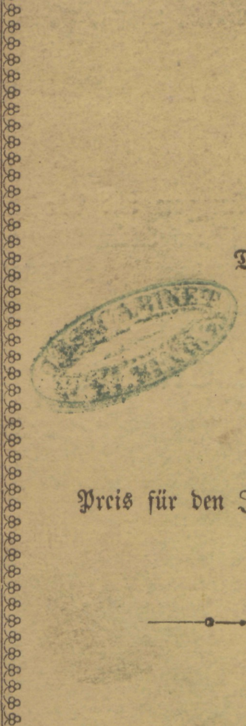
Eine Monatsschrift.

Redigirt

von

Dr. Otto Lüning.

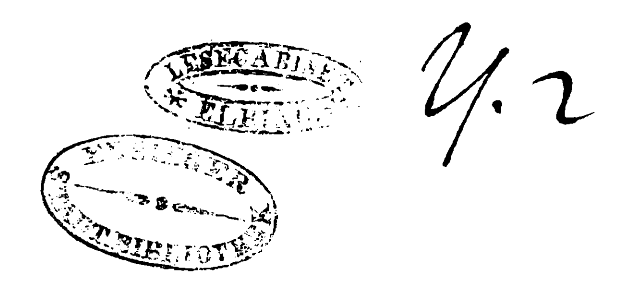
Dritter Jahrgang.




December.

Preis für den Jahrgang 2 Thlr. 15 Sgr., für das Semester 1 Thlr. 7 1/2 Sgr.

Paderborn.
Druck und Verlag von W. Crüwell.
1847.



Ueber Steuern in Preußen.

II. Die jetzt in Preußen bestehenden Steuern.

(Schluß.)

B. Wohl keine Steuer ist so häufig Gegenstand öffentlicher Besprechung und öffentlicher Angriffe geworden, als die Klassensteuer auf der einen, die Mahl- und Schlachtsteuer auf der andern Seite. Gegen diese besonders donnerten beständig die schwersten Geschütze unserer Bourgeoisie; alle Schleusen der Philantropie wurden geöffnet, um „im Interesse der arbeitenden Klassen" eine Steuer zu vernichten, deren Abschaffung das Interesse der Bourgeoisie so laut und gebieterisch fordert. Denn es liegt doch auf der Hand, daß der Arbeitslohn sich hauptsächlich nach dem Preise der Lebensmittel richtet, welche eben durch die Schlacht- und Mahlsteuer vertheuert werden, daß also mit anderen Worten der Arbeitsgeber dem Arbeiter in dem höheren Arbeitslohn die Steuer, die auf seine Lebensmittel geschlagen ist, wieder ersetzen muß. Daß diese Steuer auf dem Vereinigten Landtage noch so viele Vertheidiger und Fürsprecher fand, ist wahrlich zu verwundern. Bei Manchen lag der Grund freilich darin, daß sie Schlechtes mit nicht noch Schlechterem vertauschen wollten, bei Vielen aber darf man ihn nur in der Unklarheit über die eigenen Interessen, in ihrer Unwissenheit in Betreff solcher Dinge suchen, die auf Handel und Industrie Einfluß haben, deren Handlanger sie freilich nur sind. Für solche Leute ist es denn auch nicht unschwer, mit dem Abgeordneten Stöpel in dem Drängen der liberalen Presse auf eine Umwandlung der Mahl- und Schlachtsteuer in eine Klassensteuer „ein affektirtes, nicht mit staatswirthschaftlichen Kenntnissen unterstütztes Streben zu erkennen, den untern Volksklassen zu schmeicheln." Nur eine kleine Anzahl unserer „Volksvertreter" ist mit ihrem Interesse an die Aufrechthaltung einer Steuer geknüpft, deren Umwandlung selbst die Regierung für nothwendig hielt: es sind diejenigen reichen Gutsbesitzer, welche durch einen länger als halbjährigen Aufenthalt in einer

mahl- und schlachtsteuerpflichtigen Stadt sich der Entrichtung der Klassensteuer auf ihren ländlichen Besitzungen ganz zu entziehen wissen. Ist die Klassensteuer kontingentirt, so fällt den ärmeren Gemeindegliedern auch dieser Betrag noch zur Last; wo solches nicht der Fall, werden die Staatskassen darum betrogen.

Die Klassensteuer und die Mahl- und Schlachtsteuer ergänzen sich gegenseitig zu einer Besteuerung des ganzen Landes, und schließen schon deßhalb eine gleiche Vertheilung der Lasten auf alle steuerfähigen Bewohner des Landes nothwendig aus. —

Der Bruttoertrag der Klassensteuer betrug nach dem letzten Finanzetat 7,348823 Thlr., die Erhebungskosten derselben übersteigen 4% nur um ein Geringes. Wo nicht Mahl- und Schlachtsteuer herrscht, trifft sie mit Ausnahme der Eximirten (die bis zum Jahre 1806 reichsunmittelbar gewesenen Standesherren nebst Familie, Pfarrer und Schullehrer nebst Familie, Hebammen, welche Wittwen und unverheirathet sind oder deren Männer in der untersten Stufe steuern) alle Landeseinwohner vom 16ten bis zum 60sten Jahre, und wird so in den untersten Stufen zu einer Personalsteuer. Der niedrigste Steuersatz ist jährlich 15 Sgr., der höchste jährlich 144 Thlr.; ihrem Einkommen nach sind sämmtliche Besteuerte in sechs Klassen getheilt.

Von allen Steuern ist die Klassensteuer die einzige, welche wenigstens den Keim zu einer wohlgeordneten und zweckmäßigen Besteuerung in sich trägt, aber auch nur den Keim, — wie sie jetzt besteht, überwiegen ihre schlechten Seiten die guten so weit, daß sie in dieser Beziehung mit den übrigen Steuern vollkommen konkurriren kann. In ihren niedrigsten Stufen ist die Klassensteuer eine Steuer auf die Arbeitskräfte, und vertheuert, wie alle diese, wenn wegen ihres niedrigen Betrages auch nur in geringem Maaße, die Produktion; dabei hat sie das Gehässige einer jeden direkten Steuer, welche von demjenigen gefordert wird, welcher nur von der Hand in den Mund lebt. Der Arme kann nicht sparen, er kann von seinem geringen Verdienste, das für die nothwendigsten Bedürfnisse kaum hinreicht, keinen Pfennig zurücklegen, und es ist grausam und selbst unpolitisch, ihm von seinem sauer Erarbeiteten auch nur um den Werth eines Nadelknopfes auf solche Weise wieder zu entziehen. Wozu denn den Armen überhaupt besteuern, da ihm im Arbeitslohne ja doch die Steuer wieder ersetzt werden muß? Er wird nur in die Gefahr gebracht, auf dem Wege der Exekution auch seine wenige Habe zu verlieren, wenn er die Steuer nicht zurückgelegt hat. Oder bildet Ihr Euch wirklich ein, den Besitzlosen mehr an den Staat zu fesseln, wenn Ihr ihn an seinen Lasten theilnehmen laßt, während er von seinen Vortheilen ausgeschlossen

bleibt? Doch das ist auch nur wieder so ein philantropisches Aushängeschild; größtentheils ist man noch der Ansicht, der Arbeiter trage wirklich die Steuer, die er doch nur vorlegt, und fürchtet, der Besitzende müsse zu seinem früheren Quantum seinen Theil noch hinzunehmen, mache man jenen steuerfrei, während er doch in der That diese Steuer auch jetzt schon, wenn auch nur unbewußt bezahlt. — Die großen Vermögen, sobald sie die höchste für die Besteuerung festgestellte Stufe überschreiten, bleiben steuerfrei. Ueber 144 Thlr. keine Erhöhung der Klassensteuer mehr! Also eine durch Nichts gerechtfertigte Ueberbürdung der mittleren Vermögen. Auf den Mittelstand konzentrirt sich hier Alles; er bezahlt direkt am meisten, auf ihn fallen zum größten Theile die Nachtheile, die aus einer vertheuerten Produktion erwachsen. Eine Einkommensteuer, welche die Einkommen bis etwa 300 Thlr. gar nicht besteuerte und in den höchsten Sätzen in rascher Progression vorschritte, würde den Anforderungen am ersten entsprechen. Das Vexatorische, was man ihr vorwirft, hat auch die Klassensteuer — und läßt sich von beiden leicht entfernen. —

Die der Mahl- und Schlachtsteuer zur Last gelegten Uebelstände werden in der preußischen Denkschrift unter folgenden vier Punkten zusammengefaßt: 1, „Die Nothwendigkeit, Behufs Erhebung derselben im Innern des Landes Steuerlinien zu errichten und dadurch den Verkehr zwischen Stadt und Land einer Beschränkung zu unterwerfen.“ Wenn schon die Regierung diesen Uebelstand anerkannte, wie war es möglich, daß ihn jeder Bürger nicht so lebhaft empfinden mußte, um schon dieses einen Punktes halber jede Vertheidigung einer solch' mittelalterlichen Einrichtung aufzugeben? Kann es etwas Lächerlicheres geben, als diese kleinen Douanenketten in einem Lande, das fast nach allen Richtungen hin von Eisenbahnen durchschnitten wird, diese Verkehrshindernisse in einer Zeit, wo Alles dahin strebt, den Verkehr möglichst zu beschleunigen? Nur ein deutscher Spießbürger von echtem Schrot und Korn, der wie der Abg. Stöpel die Mahl- und Schlachtsteuer „für den gelungensten Theil unserer Gesetzgebung“ erklärt, kann sich zum Don Quixote stempeln für eine solch' abgelebte Duenna. — 2, Als zweiter Uebelstand wird die durch die niemals zu verhindernden Defraudationen veranlaßte Demoralisation der Bevölkerung angeführt. Leichtigkeit der Defraudation ist gewiß kein unerheblicher Grund zur Umwandlung einer Steuer; was aber die Demoralisation angeht, so ist es ziemlich gleichgültig, ob ihr hier eine Gelegenheit mehr geboten wird, sich zu manifestiren oder nicht. Die Moral ist das ungeschriebene Gesetz der Herrschenden; so lange es Herrscher und Beherrschte gibt, wird der Beherrschte stets sich in Opposition befinden mit den von oben herab geltend gemachten Normen des Denkens und Handelns.

Die Demoralisation ist eine nothwendige Folge unserer Eigenthumsverhältnisse, wie die gegenseitige Unterdrückung und Ausbeutung durch sie bedingt sind. Die Aufhebung der Mahl- und Schlachtsteuer wird den Besitzlosen um kein Haar breit moralischer machen. — 3, „Die Nothwendigkeit, die in der Nähe der mahl- und schlachtsteuerpflichtigen Städte gelegenen Ortschaften, den sogenannten äußeren Stadtbezirk, gewissen Beschränkungen zu unterwerfen, wodurch dieselben faktisch **neben** der Klassensteuer auch von der Mahl- und Schlachtsteuer betroffen werden." — 4, Die Höhe der Hebungskosten. Sie ist verschieden nach der Größe der Städte, am größten aber für die kleinen. Nach der Denkschrift gehörten am Schlusse des Jahres 1844 zu den mahl- und schlachtsteuerpflichtigen Städten 72 (jetzt nur mehr 64) mit einer Bevölkerung bis zu 10,000 E., einer Gesammtbevölkerung von 459,779 Köpfen, 17 mit 10 bis 15,000 E., einer Gesammtbevölkerung von 204,918 Köpfen, 25 Städte mit über 15,000 E., einer Gesammtbevölkerung von 1,179363 Köpfen; zusammen 114 Städte mit 1,844060 Einwohnern. Die Hebungskosten werden für die erste Klasse auf $18,_{53}$ Proz., für die zweite auf $15,_{66}$ und für die dritte auf $8,_{72}$ Prozent angegeben. Nimmt man die Hebungskosten einer wohlgeordneten Steuer zu 4 Proz., gewiß hoch genug, an, so ergiebt sich, daß bis zum Jahre 1844 durch die Mahl- und Schlachtsteuer jährlich eine Summe von circa 355,092 Thlr. den Besteuerten mehr entzogen wurde, als den Staatskassen zu Gute kam; eine Summe, die zu weiter nichts dient, als ein Heer kostspieliger und unbeliebter Beamten zu unterhalten. Durch den Uebertritt mehrerer kleinen Städte zur Klassensteuer hat sich dieses Verhältniß allerdings etwas geändert, ist aber doch immer noch ungünstig genug geblieben.

Die Ausbildung der Industrie und des Handels bedingt eine stets zunehmende Konzentration der Bevölkerung, größtentheils an den bereits vorhandenen Konzentrationspunkten, in den größeren Städten; eine stete Zunahme des Ertrages der Mahl- und Schlachtsteuer ist die nothwendige Folge davon. Bei der großen Menge besitzloser Arbeiter, welche durch ihren Erwerb zum Aufenthalt in denselben gezwungen sind, übersteigt derselbe bei weitem den Ertrag, welchen die Klassensteuer, besonders bei der Steuerfreiheit der großen Vermögen, abwerfen würde, und es ist daher natürlich, daß die Regierung in eine Umwandlung der Mahl- und Schlachtsteuer in eine Klassensteuer hier niemals willigen wird. Im Verhältniß zu ihrer Seelenzahl ist der Unterschied auch bei den kleineren Städten oft nicht unbedeutend, aber der Ausfall für die Staatseinnahme bei der Umwandlung viel geringer. So bezahlte z. B. Herford, das ungefähr 5000

E. hat, früher 6000 Thlr. Mahl= und Schlachtsteuer, die Feldmark an Klassensteuer 1100 Thlr., zusammen also 7100 Thlr., während jetzt die Klassensteuer für Stadt und Feldmark zusammen nur 6000 Thlr. beträgt. Die Einführung der Klassensteuer ergab also für die Bewohner eine Ersparniß von 1100 Thlr., für die Regierung aber bei der großen Differenz der Hebungskosten nur einen Ausfall von etwa 260 Thlr. Bielefeld bezahlt dagegen an Klassensteuer jetzt mehr, als früher an Mahl= und Schlachtsteuer, was durch die größere Wohlhabenheit, die hier konzentrirt ist, während die Arbeiter der Bielefelder Handelsherren, die Spinner und Weber, auf dem Lande zerstreut sind, leicht erklärlich ist. — So sehr diese Verhältnisse auch für eine ungleiche Vertheilung der Steuern, für die Nothwendigkeit einer Reform sprechen, so sind sie in dieser Beziehung doch häufig zu unrichtiger Argumentation benutzt worden. Weil die Mahl= und Schlachtsteuer zum größten Theile eine Steuer auf die Produktion ist, so wird sie von den großen Städten nicht allein getragen, sondern von allen Abnehmern ihrer Produkte. Da wir aber entgegengesetzter Ansicht mit dem Abgeordneten Sperling sind, der meint, „daß ein höherer Arbeitslohn der Industrie und den Gewerben nichts weniger als hinderlich sei," so glauben wir hierin wenigstens einen eben so wichtigen Grund für die Umwandlung dieser Steuer zu finden, als in der gewöhnlich vorgeschützten Ueberbürdung der großen Städte und ihrer arbeitenden Bevölkerung. Nach dem Angeführten wird man aber auch den Antrag des Abg. Baum richtig würdigen können, welcher darauf hinzielt, „daß die Städte, welche jetzt zuviel bezahlen (was wohl nur bei den kleineren Städten mit einer größtentheils ackerbautreibenden Bevölkerung als richtig angenommen werden darf), alsdann nur die Quote der Klassensteuer, die ihnen im Durchschnitt zur Last fallen würde, aus den Einnahmen der Schlacht= und Mahlsteuer zu entrichten hätten, während der Rest zur Bestreitung der Kommunalbedürfnisse und besonders zur Deckung der Ausgaben für die Armen, den Städten anheimfiele." Da sich gar nicht einmal ermitteln läßt, welchen Antheil an der Mahl= und Schlachtsteuer die Städte wirklich, und welchen Theil die auswärtigen Abnehmer ihrer Produkte bezahlen, so würde dieser Vorschlag darauf hinauslaufen, daß künftig das Land für die Städte steuerte. — Sehr hoch ist von einzelnen Abgeordneten der geringe Vortheil angeschlagen, daß in den mahl= und schlachtsteuerpflichtigen Städten auch die durchreisenden Fremden zu den Lasten des Staates beizutragen gezwungen sind. Ja freilich, ein Vortheil ist das, — ein Vortheil ungefähr, wie man ihn hat, wenn man Rechenpfennige gegen Goldstücke eintauscht; wir machen uns durch unsere vertheuerte Produktion den Fremden tributär, und freuen uns wie die Kinder, wenn sie uns von

den gewonnenen Thalern einige Pfennige wieder zurückbringen. Ebenso kann man die Vortheile rühmen, welche die Pracht und der Luxus großer Herren dem Volke bringen, nachdem von diesem die Mittel dazu vorher erpreßt sind. — Man werfe mir nicht vor, daß ich zu schwarz auftrage, daß die Vertheuerung der Lebensmittel durch Mahl- und Schlachtsteuer zu gering sei, um solche Wirkungen hervorbringen zu können. Eins kömmt zum andern, und wenn ich nachweise, daß der größte Theil unserer Steuern Steuern auf die Produktion sind, so wird man doch wohl zugeben müssen, daß sie zusammen wohl im Stande sind, für Industrie und Gewerbe die verderblichsten Folgen hervorzurufen. Wenn es nach der Meinung des Abg. Becker „der größte Vortheil der indirekten Steuern ist, daß sie nicht gefühlt werden,“ so glauben wir, daß es hier nur auf die Ausbildung der Gefühlsorgane eines Jeden ankommt. Der Blinde sieht auch die Sonne nicht, und doch verliert sie darum nichts von ihrer leuchtenden Kraft.

Die meisten Skrupel scheinen den Herren die Kommunalsteuern gemacht zu haben, welche jetzt als Zuschlag zu der Mahl- und Schlachtsteuer erhoben werden. Ja, der schon angeführte Abg. der Stadt Düsseldorf, Baum, hält es sogar „für unerläßlich,“ daß im Fall die Mahl- und Schlachtsteuer aufgehoben werden sollte, man den Städten eine andere **indirekte** Steuer zur Deckung ihres Haushaltes gewähre.“ Nun, das heiße ich doch den Unsinn etwas weit treiben. Wegen einer noch viel unbedeutenderen Summe, die künftig erhoben werden soll, alle die angeführten Nachtheile der so vielfach angefeindeten Steuer beibehalten wollen, dieselben Zollschranken und Verkehrshindernisse! — denn jede indirekte Steuer würde den ganzen jetzt für die Mahl- und Schlachtsteuer nothwendigen Apparat für sich in Anspruch nehmen, soll sie anders wirksam sein. Und dann bedenke man nur einmal die Höhe der Hebungskosten, welche in gleichem Maaße steigt, wie die eingezogene Steuer abnimmt, ja mit dieser wohl gar auf ein Niveau kommen würde. Solchen Vorschlägen gegenüber könnte man sich am Ende gar selbst noch versucht fühlen, zu einem Vertheidiger der Mahl- und Schlachtsteuer zu werden. — „Ein Zuschlag auf direkte Steuern, meint derselbe Abg. weiter, würde zu drückend sein, und es könnte dahin führen, daß mancher Begüterte auf's Land ziehen, Rentner die Städte verlassen und Fremde nicht so leicht erwartet werden dürften.“ Das müßte allerdings ein enormer Zuschlag sein, der solche Wirkungen haben sollte, der mächtiger wäre, als alle die Gründe, wodurch die Menschen jetzt in Städte zusammengedrängt werden; — ein solcher Zuschlag müßte ohne Zweifel jetzt bei der indirekten Besteuerung eine Theuerung der Lebensmittel hervorrufen, welche dieselben Folgen hätte. Mag immer-

hin ein Pfennig zählender Rentier seinen Wohnsitz verändern, ein Pensionirter anderswo seine Pension ungeschmälert genießen wollen, ein sparsamer Fremder ausbleiben, die Meisten sind durch ihr Interesse an den Ort gebunden, und der Vergnügungssüchtige läßt sich durch ein Paar Groschen mehr nicht schrecken. Werden doch auch jetzt schon an manchen Orten die Kommunalsteuern direkt erhoben, ohne daß die befürchteten Wirkungen eingetreten sind. — Bleibt entweder ganz im alten Drecke sitzen und kommt darin um, oder laßt auch diese kleinliche Furcht fahren, durch die jede nothwendige und nützliche Reform unmöglich gemacht wird.

C. Der Ertrag des Salzmonopols hat nach der Herabsetzung der Tonne von 15 auf 12 Thlr. zwar die alte Höhe noch nicht wieder erreicht, ist gegen das Jahr 1844 aber doch schon um 772,098 Thlr. gestiegen, und gewährte nach dem letzten Finanzetat einen reinen Ueberschuß von 4,992200 Thlr. Die Umwandlung des Monopols in eine Steuer konnte auf dem Landtage die erforderliche Majorität von 2/3 nicht erreichen, trotz der nachtheiligen Wirkungen, welche gegen jenes geltend gemacht wurden. Die Furcht vor einem etwaigen Ausfalle in den Staatseinnahmen und die Uebernahme desselben auf eine andere Steuer, wobei sie vielleicht stärker betheiligt wären, schreckte Viele; ebenso die Nothwendigkeit vorhergehender Verhandlungen mit den übrigen Zollvereinsstaaten, als ob hier nicht dasselbe Uebel gleich gebieterisch eine rasche Heilung forderte. Der ganze Salzhandel fällt in Preußen den administrativen Behörden anheim; daß derselbe, der freien Konkurrenz überlassen, bei weitem wohlfeiler geführt werden könnte, ist wohl keine Frage. „Während gegenwärtig die Regierung die Beschaffung des ausländischen Salzes auf dem Wege des Vertrages bewirken muß, heißt es in dem Abtheilungs-Gutachten darüber, und diejenigen, welche Lieferungen übernehmen, die Anschaffung nach den bedungenen Ablieferungszeiten ermessen müssen, würde bei einer freien Konkurrenz im Salzhandel schon dadurch mitunter eine Erleichterung bei der Beschaffung herbeigeführt werden, daß der Handelsstand einen noch größeren Spielraum als jetzt erhält, gelegentlich das englische Salz als Rückfracht mit herüber zu bringen, und so die Transportkosten zu ersparen. Besonders würde dieser Vortheil den Ostseehäfen zu gut kommen, von denen daher auch Anträge in dem beregten Sinne gegenwärtig und früherhin geltend gemacht worden sind. Es ist auch nicht zu bezweifeln, daß bei einer gleichmäßigen Besteuerung des Salzes die nächsten Umgebungen der Orte, welche das Salz zur See beziehen, dasselbe zu erheblich geringeren Preisen würden erhalten können, weil bei der gegenwärtigen Gleichstellung der Salzpreise die Orte, zu denen der Transport wohlfeiler ist, diejenigen mit übertragen müssen, zu denen er sich kostspieliger gestaltet, und ebenso

kann nicht in Abrede gestellt werden, daß sich dem innern Handel ein reiches Feld der Thätigkeit eröffnen müßte, daß namentlich viele Konsumenten, besonders in den östlichen Provinzen, sich die auf dem Salze lastenden Kosten des Land- und Wassertransports dadurch theilweise ersparen könnten, daß sie das Salz aus Orten, welche den Seehäfen und Strömen näher gelegen sind, als Rückfracht bei dem Verfahren ihres Getreides mitbringen.“ Von den 672122 Tonnen, aus denen nach amtlichen Mittheilungen der jährliche Salzbedarf besteht, werden 402354 Tonnen von inländischen (größtentheils königlichen, zum Theil privaten), 28578 von vereinsländischen und 241200 Tonnen von ausländischen Salinen und von diesen wiederum 172701 Tonnen zur See bezogen. Die Ankaufs- und Transportkosten betragen durchschnittlich p. Tonne 3 Thlr. 24 Sgr., die Magazinirungs- und Verpackungskosten 15 Sgr., so daß noch ein Gewinn von 7 Thlr. 21 Sgr. p. Tonne bleibt. Im Interesse der Landwirthschaft ist nachgegeben worden, daß Viehsalz in einer „bestimmten“ Quantität theils zu örtlichen, theils zu durchschnittlichen Selbstkosten verabreicht und ebenso „solchen Fabrikanstalten, die zur Darstellung ihrer Erzeugnisse das Salz in namhafter Menge verbrauchen, und um die Konkurrenz des Auslandes zu bestehen, die erforderliche Quantität, unter Kontrole der Verwendung, zu ermäßigten Preisen überlassen werde.“ Man rechnet, daß für jeden dieser Zwecke ungefähr 20000 Tonnen verausgabt werden. Die gesetzlichen Bestimmungen sind viel zu beschränkend, als daß sie besonders für die Landwirthschaft die Anwendung des Salzes in der wünschenswerthen Ausdehnung gestatteten. Nach §. 1. des Regulativs „darf das Viehsalz nur an Landwirthe und Viehbesitzer zum Genuß für Hausthiere verkauft, und auf keine andere Weise verwendet werden;“ nach §. 2. stehen diejenigen, welche Viehsalz erhalten, hinsichtlich der vorgeschriebenen Verwendung desselben, unter Aufsicht der Steuerbeamten, denen der vorhandene Bestand davon auf Erfordern vorgezeigt, der Zugang zu den Viehställen gestattet, und jede zur Sache nöthige Auskunft bereitwillig gegeben werden muß.“ — „Wer das zu ermäßigten Preisen empfangene Salz ganz oder theilweise an Andere überläßt, oder zu andern als den bestimmten Zwecken verwendet, hat nicht nur die an den gesetzlichen Preisen ihm erlassene Summe zur Steuerkasse nachzuzahlen, sondern auch als Strafe der mißbräuchlichen Verwendung den zehnfachen Betrag des nachzuzahlenden Preises, und falls derselbe unter 50 Thlr. beträgt, oder eine bestimmte Summe überhaupt nicht zu ermitteln ist, mindestens 50 Thlr. zu entrichten. Sowohl der Betrag der Preis-Differenz als die Strafe sind von demjenigen einzuziehen, der das Salz zum er-

mäßigten Preise begehrt und empfangen hat, ohne Rücksicht, ob der Mißbrauch durch ihn selbst oder durch Andere, und ob er mit seiner Zustimmung oder ohne sein Vorwissen verübt ist. Außerdem gehen die Kontravenienten der Begünstigung, Salz zu ermäßigten Preisen zu erhalten, für immer verlustig, welches auch dann stattfindet, wenn zwar dem Empfänger des Salzes ein von ihm selbst verübter Mißbrauch nicht zu erweisen ist, der Fall eines Unterschleifs mit dem ihm bewilligten Salze durch andere Personen jedoch zum zweiten Male eintritt. Wer in den zur Erlangung von Viehsalz vorgeschriebenen schriftlichen Anmeldungen seinen Viehstand unrichtig angiebt, hat eine Geldbuße von 10 bis 50 Thlr. verwirkt und auf die Begünstigung fernerhin keinen Anspruch." Eine peinliche und beengende Kontrole wird aber auch mit der Umwandlung des Monopols in eine feste Steuer nicht schwinden, sobald diese Exemtionen bestehen bleiben; werden die Exemtionen aber zugleich aufgehoben, dann wird eine Verwendung des Salzes zu diesen Zwecken durch seinen hohen Preis unmöglich gemacht. Erst vollkommene Steuerfreiheit des Salzes kann hier helfen. Mit der Aufhebung der Salzsteuer in England im Jahre 1827 stieg die Konsumtion so gewaltig, daß sie 1834, also nach 7 Jahren, schon um vierhundert und dreißig Prozent zugenommen hatte, während sie in den früheren Jahren unter dem Drucke der Steuer stationär geblieben war. Steuerfreiheit des Salzes fordert aber auch das Interesse der ganzen Produktion, denn die Vertheuerung dieses nothwendigen und unentbehrlichen Nahrungsmittels ist eine Besteuerung der Arbeitskräfte, welche sie auf jede Weise von sich abzuwenden suchen muß.

D. Die Steuern, welche von dem Gewinste einzelner Gewerbe bezahlt werden müssen, können in letzter Instanz niemals von den Gewerbtreibenden selbst, sondern nur von den Konsumenten ihrer Produkte getragen werden. Durch die Konkurrenz wird der Gewinn eines jeden Gewerbes schon an und für sich auf das Minimum hinabgedrückt; wird durch eine Steuer dieser Gewinn nun noch geschmälert, so wird eine Verminderung der Gewerbtreibenden nothwendig so lange stattfinden, bis die durch verminderten Vorrath an Produkten hervorgerufene Preissteigerung den Gewinn wieder auf das frühere Maaß zurückbringt, welches dem bei anderer Verwendung von Kapital und Arbeitskraft erzielten Gewinne entspricht. Eine plötzliche Einführung einer solchen Steuer würde daher den Untergang vieler Gewerbtreibenden herbeiführen, — welche vom Gewinn nicht mehr existiren könnten, ohne doch im Stande zu sein, ihre Arbeitskraft einem anderen Produktionszweige zuzuwenden, — während sie in ihrem jetzigen Bestehen nur den Nachtheil hat, als eine Steuer, wodurch einzelne

Produkte getroffen werden, zur ungleichmäßigen Vertheilung der Lasten beizutragen. — In einer Kategorie mit dieser steht die Steuer, welche als Moststeuer von den Weinproduzenten neben ihrer Grundsteuer entrichtet werden muß; nur daß für die kleinen Weinbauern — bei dem ungleichmäßigen Ertrage des Weinstockes, welcher in schlechten Jahren oft kaum so viel aufbringt, um die Steuern zu decken, in guten Jahren aber zum größten Theile nur den Gläubigern der meist verschuldeten Bauern oder dem reichen Einkäufer zu Gute kommt, bei der großen Schwierigkeit, Weinland in Acker- oder Gartenland zu verwandeln, und der Unmöglichkeit für den Unvermögenden, jenes durch Verwendung des erforderlichen Kapitals in stets gutem ertragsfähigem Zustande zu halten — ihre Wirkung viel verderblicher ist. Ihr Bruttoertrag beläuft sich nur auf 90,855 Thlr., weshalb ihre Abschaffung gewiß mit keinen großen Schwierigkeiten verbunden wäre. — Eine besondere Besteuerung des inländischen Tabacksbaues, so wie der Runkelrübenzuckerfabrikation sind ohne Zweifel so lange gerechtfertigt, als ein Grenzzoll von den entsprechenden überseeischen Produkten erhoben wird, damit ein künstlicher Produktionszweig, welcher der freigegebenen fremden Konkurrenz alsbald erliegen müßte, durch übergroße Begünstigung keine zu große Ausdehnung gewinne. — Die besondere Besteuerung, der neben der Gewerbsteuer noch die Fabrikation von Bier und Branntwein unterworfen ist, erhöht den Preis von Produkten, welche der arbeitenden Klasse unentbehrlich sind, ist daher einer Besteuerung der Arbeitskräfte gleich zu achten. Auch greift sie tief und nicht selten hindernd in den Betrieb dieser Gewerbe ein, und kann bei der nöthigen sorgfältigen Ueberwachung desselben, besonders da wo man sich nicht über die Feststellung eines Pauschquantums verständigen kann, nicht ohne bedeutende Hebungskosten stattfinden. Die Branntweinsteuer, deren Erhöhung einen Hauptgegenstand der albernen Forderungen der Mäßigkeitsvereine bildet, vertheuert auch noch unmittelbar manche andere Produkte, zu deren Fabrikation Spiritus erforderlich ist; auch auf den Ackerbau bleibt sie nicht ohne Einfluß, wenn sie für ländliche Brennereien auch herabgesetzt ist, sie muß auch hier eine, wenn gleich geringe Vertheuerung der übrigen Produkte herbeiführen.

E. Alle Steuern, welche den Transport der Produkte vertheuern, erhöhen natürlich auch den Verkaufspreis derselben. Nicht der Spediteur, der Kaufmann hat diese Steuer zu tragen, sondern der Konsument; nicht derjenige, welcher unmittelbar das Chausseegeld, die Flußsteuer entrichtet, trägt also hierdurch zur Erhaltung der Chausseen und Wasserstraßen bei, sondern derjenige, welcher die transportirten Produkte verzehrt. Kein haltbarer Grund läßt sich also anführen, weßhalb die zur Erhaltung der

Straßen nothwendigen Mittel auf die bisherige Weise, durch Erhebung von Chausseegeldern und Flußsteuern auch ferner gewonnen werden müssen, und zu ihrer Deckung nicht jede andere Steuer mit demselben Rechte verwendet werden sollte; wohl aber sind mit der jetzigen Erhebungsart viele nicht unbedeutende Nachtheile verknüpft. Aus dem Einkommen der Nation müssen diese und alle bisher aufgeführten Steuern bestritten werden, und doch ist sowohl diese, wie so manche andere darauf bedacht, gerade dieses Einkommen zu schmälern, sowohl durch Vertheuerung der Produktion, als durch die Besoldung einer großen Menge unproduktiver Kräfte, welche zur Ueberwachung der vielen künstlich geschaffenen Verkehrshindernisse nothwendig sind. — Von allen Verkehrsmitteln sollte übrigens die Post wohl am allerwenigsten als ein solches betrachtet werden, welches dazu bestimmt ist, zur Vermehrung der Staatseinnahmen beizutragen. Ehe nicht dieser Verkehr der Menschen unter einander alle nur möglichen Erleichterungen erfahren hätte, sollte auch nicht die kleinste Summe von hier zum Staatsbudget abgeführt werden. Eine Ermäßigung hat das Briefporto zwar schon bei uns erfahren, aber immer ist es noch viel zu hoch, und im Etat gewährt die Post einen reinen Ueberschuß von 1 Million. Hätten die neuesten Erfahrungen Englands es auch nicht zur Gnüge dargethan, daß die größten Erleichterungen im Verkehr das fiskalische Interesse gar nicht einmal beeinträchtigen, ja ihm sogar eher noch förderlich sind, so würde uns dieser Ueberschuß schon allein berechtigen, auf weitere Herabsetzungen und Erleichterungen zu dringen. Ein allgemeiner deutscher Postkongreß beräth in diesem Augenblicke diese Angelegenheiten, doch glaube ich nicht, daß man bei den zersplitterten Interessen unserer 38 Vaterländchen schon jetzt auf einen wünschenswerthen Ausgang rechnen darf. Möge das in Preußen nicht als ein Hinderniß angesehen werden, die Sache einstweilen selbstständig für den eigenen Staat zu ordnen.

F. Die Einnahme, welche der Staat von der Lotterie zieht, kann je nach dem Verhalten des Einzelnen bald als eine Steuer von der Einnahme, bald vom Kapitalvermögen selbst angesehen werden. Ueberlassen wir dieselbe der moralischen Entrüstung unserer Liberalen, die stets mit so großer Tapferkeit gegen einzelne Symptome unserer gesellschaftlichen Krankheit zu Felde ziehen, während sie vor allen durchgreifenden Mitteln theils aus Unverstand, theils aus Interesse ängstlich zurückbeben. Gehen wir gleich zur vexatorischsten aller Steuern, der Stempelsteuer über, welche sich in ihren Wirkungen wesentlich von allen vorigen unterscheidet. Doch auch hier mag es genügen, diese Wirkungen im Allgemeinen zu bezeichnen, da unser Zweck ein Eingehen auf die einzelnen Bestimmungen nicht erfordert. Durch sie wird einerseits die Justizpflege auf unerhörte Weise ver-

theuert, andererseits aber die Beweglichkeit des Eigenthums zum großen Nachtheile der Produktion erschwert. Ihre Erhebung ist die unbequemste und drückendste; sie vermindert das Kapitalvermögen der Nation und schwächt die zum Unterhalte produktiver Arbeit bestimmten Fonds. „Alle Steuern, sagt Adam Smith, sind mehr oder weniger verderblich, die das Einkommen des Landesherrn, aus welchem selten andere, als unproduktive Arbeiter unterhalten werden, auf Kosten des Volkskapitals, mit dem nur produktive Arbeiter unterhalten werden, vergrößern. Solche Steuern sind, selbst wenn sie dem Werthe des übergehenden Eigenthums entsprechen, dennoch ungleichförmig: denn wenn auch zwei Güter gleichen Werth haben, so wechseln sie doch nicht gleich oft ihren Eigenthümer. Noch ungleichförmiger sind jene Steuern aber, wenn sie sich nicht einmal nach dem Werthe des übertragenen Gutes richten; und dies ist wirklich der Fall bei den meisten Stempel- und Registergebühren.“ — Die Steuer muß je nach den verschiedenen Fällen bald von dem, aus dessen Händen, bald von dem, in dessen Hände es übergeht, entrichtet werden. „Steuern auf den Uebergang eines Eigenthums vom Verstorbenen auf den Ueberlebenden fallen zuletzt unmittelbar auf denjenigen, auf den das Eigenthum übergegangen ist. Steuern auf den Verkauf von Ländereien fallen ganz auf den Verkäufer (doch nur, wenn die nachfolgende Bedingung eintritt). Der Verkäufer sieht sich fast immer (?) in die Nothwendigkeit versetzt, zu verkaufen, und muß sich also mit dem Preise begnügen, den er bekommen kann. Der Käufer ist nur selten in der Nothwendigkeit, zu kaufen, und wird daher auch nur einen solchen Preis bewilligen, wie er ihm recht ist. Er berechnet, was ihm das Land an Steuer und Kaufpreis zusammen kosten wird. Je mehr er an Steuer zu zahlen genöthigt ist, desto weniger wird er für den Kauf zu geben geneigt sein. Solche Steuern fallen daher fast immer auf Leute, die in Bedrängniß sind, und werden dadurch oft höchst grausam und drückend. (Die großen industriellen Anlagen der Neuzeit haben zur Folge, daß jetzt wohl häufiger der umgekehrte Fall eintritt. Der Käufer ist auf einen bestimmten Strich Landes angewiesen; er muß daher auch den höchsten Preis bewilligen.) Steuern auf den Verkauf neugebauter Häuser, bei denen das Gebäude ohne den Grund und Boden verkauft wird, fallen in der Regel auf den Käufer, weil der Erbauer doch seinen Gewinn haben muß, widrigenfalls er sein Gewerbe einstellen würde. Wenn er also die Steuer vorschießt, so muß der Käufer sie ihm gewöhnlich wiederbezahlen. Steuern auf den Verkanf von alten Häusern fallen dagegen aus demselben Grunde, wie die auf den Verkauf von Ländereien, gewöhnlich auf den Verkäufer, den meistentheils entweder gewisse Vortheile oder die Noth zum Verkaufe veranlassen. Die Zahl der neu gebauten

Häuser, die jedes Jahr zum Verkaufe ausgeboten werden, richtet sich mehr oder weniger nach der Nachfrage. Ist die Nachfrage nicht so stark, daß der Erbauer nebst dem Kostenersatze noch seinen Gewinn ziehen kann, so hört er auf, Häuser zu bauen. Wie viele alte Häuser dagegen zum Verkaufe kommen, das hängt von Zufällen ab, die größtentheils mit der Nachfrage in keiner Verbindung stehen. Zwei oder drei große Bankerotte in einer Handelsstadt bringen viele Häuser zum Verkaufe, die dann zu jedem Preise, der geboten wird, losgeschlagen werden müssen. Steuern auf den Verkauf von Grund- oder Platzrenten fallen ganz auf den Verkäufer, und zwar aus demselben Grunde, wie die Steuern auf den Verkauf von Ländereien. Stempel- und Registergebühren bei Schuldverschreibungen und Darlehen fallen allein auf den Borger, und werden auch immer von ihm bezahlt. Abgaben der nämlichen Art bei gerichtlichen Verhandlungen fallen auf die Prozessirenden, und vermindern für beide Theile den Werth des streitigen Gegenstandes. *Je mehr es kostet, den Besitz eines Eigenthums zu erlangen, desto geringer ist sein Werth, nachdem man es erlangt hat.*"

III. Die Einkommensteuer.

Wir sehen, die Kritik der einzelnen Steuern führt uns auf die Nothwendigkeit der Umgestaltung der Steuergesetzgebung. Nicht einzelne Reformen können hier etwas nützen, Erfolg kann nur von durchgreifenden Maaßregeln erwartet werden. Der Vereinigte Landtag, der Vertreter der Bourgeoisie und der Feudalaristokratie, verlangt eine *theilweise* Umgestaltung im Interesse der „ärmsten Klassen," im Interesse des Proletariats, — wir aber, die Vorkämpfer des Proletariats, können und müssen eine *vollständige* Umgestaltung nur im Interesse der Bourgeoisie verlangen, weil wir kein Interesse daran haben, weder uns selbst, noch unsere Partei über die nothwendige Wirkung solcher Maaßregeln zu täuschen.

Sämmtliche Steuern werden entweder von dem *Einkommen* oder dem *Kapitale* der Nation gezahlt; doch ist bei ersteren allein eine gleichmäßige Vertheilung möglich, während diese dadurch, daß sie mit Nothwendigkeit die zur Unterhaltung produktiver Arbeit vorhandenen Fonds vermindern, der „Nationalwohlfahrt" am feindlichsten entgegentreten. Eine Steuer von dem Einkommen läßt aber auch nur dann eine gleichmäßige Vertheilung zu, wenn sie von demselben nicht auf tausenderlei verschiedenen Wegen, deren endlicher Ausgang oft kaum zu verfolgen ist, auf denen aber nicht selten das Einkommen mehr, als es im Interesse der Staatseinnahmen nothwendig, verkürzt wird, sondern auf direkte Weise von dem direkten Einkommen eines Jeden erhoben wird; wenn sie das ist, was man

mit dem besonderen Namen einer Einkommensteuer zu bezeichnen pflegt. Die Regierung hatte dem Vereinigten Landtage die Einführung einer solchen Steuer statt der Mahl- und Schlacht- und der Klassensteuer vorgeschlagen; aber auch abgesehen davon, daß der Landtag in seiner jetzigen Stellung überhaupt wohl nicht in Einführung einer Steuer gewilligt haben würde, welche durch neue nicht zu kontrolirende Geldmittel die Machtvollkommenheit der Regierung so sehr erweiterte, während ihm selbst nicht einmal die geringste Kontrole über den Staatshaushalt eingeräumt war, — abgesehen davon war auch die vorgeschlagene Erhebungsart viel zu beengend und drückend, als daß sie hätte angenommen werden können. Es wird überflüssig sein, die einzelnen Bestimmungen des Entwurfes hier wieder anzuführen; die Leser werden sich derselben noch zu wohl erinnern. „Als der Gesetzentwurf in meiner Gegend, namentlich in der Stadt, die ich vertrete, bekannt wurde, sagt der Abg. der Stadt Düsseldorf, Baum, hat derselbe, ich muß es gestehen, großen Unwillen erregt, weil die inquisitorische Form so verletzend ist, daß Niemand damit einverstanden sein konnte. Eidliche Erklärungen, eidliche Zeugenaussagen, Ordnungsstrafen und exekutorische Maaßregeln folgen auf einander, um bis auf den letzten Heller und Pfennig das Vermögen zu ermitteln. Das ganze Volk der Steuerpflichtigen würde fortwährend den drückendsten inquisitorischen Maaßregeln unterworfen sein.“ Mag es immer sein, daß für die Klassensteuer ähnliche Bestimmungen vorhanden sind, sie konnten deßhalb nie so drückend werden, weil bei dem weiten Auseinanderliegen der Klassen und der niedrigen Besteuerung der großen Vermögen eine so genaue Ermittelung der Einnahme nicht nothwendig war. Der Entwurf stellt die Selbstangabe als Prinzip fest, bedroht mit harten Strafen jede falsche Angabe und fordert nichts desto weniger die genauesten Belege für jede einzelne Angabe. Er fordert von dem Kaufmanne, von dem Fabrikanten eine Aufdeckung seiner ganzen Vermögensverhältnisse, während nicht selten gerade darin dessen Stärke liegt, daß er andere darüber in Unkenntniß zu halten weiß. Die Selbstangabe hat viele und nicht unbedeutende Vertheidiger gefunden, ich glaube aber, daß man von ihr das Inquisitorische niemals vollständig wird trennen können. Ich möchte der Abschätzung durch eine Kommission, welche von den Steuerpflichtigen der einzelnen Bezirke aus ihrer eigenen Mitte gewählt wurde, unbedingt den Vorzug geben, ein Eindringen in die Vermögensverhältnisse der Einzelnen würde hier erst bei Reklamationen gegen die Abschätzungen der Kommission nöthig werden. Angestellte Beamte haben nachher allein die Erhebung zu besorgen; eine kleine Anzahl würde da genügen, wo jetzt ein ganzes Heer kaum ausreicht; die Steuer würde so in jeder Beziehung die wohlfeilste sein, die sich einführen läßt. — Der

Entwurf der Regierung will für die untersten Steuerklassen eine Klassensteuer beibehalten oder dieselbe einführen, wo sie noch nicht besteht. Eine Besteuerung der Arbeitskräfte würde also auch hier nicht aufgehoben sein. Eine gut eingerichtete Einkommensteuer darf erst in solcher Höhe beginnen, daß die mit einer Besteuerung der Arbeitskräfte verbundenen Nachtheile vermieden werden.

Wie gegen die Einführung einer direkten Steuer für die Städte hat man auch hier gegen die Einführung einer Einkommensteuer für das ganze Land oft den Einwurf hören müssen, daß dieselbe bald viele reiche Besitzer aus dem Lande treiben und dadurch die Wohlfahrt der Nation bedeutend beeinträchtigen würde. Doch das sind nur leere Befürchtungen; das Kapital zieht sich dorthin, wo ihm der höchste Gewinn geboten wird, und der wartet seiner, wo Handel und Industrie kräftig emporblühen. Sofern eine Einkommensteuer dazu beitragen kann, wird sie gewiß eher Kapital in's Land hineinziehen, als daraus vertreiben.

„Die Einkommensteuer wird kommen," meint der Abg. von Rath; ich stimme ihm bei, wenn auch aus anderen Gründen. Die Einkommensteuer wird und muß kommen, wenn der Bourgeoisie noch hinlängliche Zeit zu ihrer Entwickelung verbleibt; sie wird aber keinenfalls eher kommen, als eine gänzliche Umgestaltung unserer Verfassung vorangegangen ist. Die Bourgeoisie kann und wird in keine Reformen der Steuergesetzgebung willigen, ehe nicht in ihre Hände die ganze ökonomische Verwaltung des Staats gelegt ist. Mit der Bestimmung über die Einnahmen und Ausgaben des Staats hat sie aber das Mittel, die Regierung nach ihren Ansichten handeln zu lassen; sie wird deßhalb vorher am allerwenigsten zu solchen Reformen ihre Zustimmung geben, welche der Regierung neue Hülfsquellen eröffnen könnten. Für das Proletariat hat die Einführung einer Einkommensteuer dieselbe Bedeutung, wie die Abschaffung der englischen Kornzölle; sein Interesse daran ist dasjenige, welches es an der Entwickelung der Bourgeoisie überhaupt, welches es daran hat, daß die gesellschaftlichen Verwickelungen ihrer endlichen Lösung möglichst rasch zugeführt werden. —

J. Weydemeyer.

Die christliche Mildthätigkeit in den Händen des französischen Clerus.

(Schluß.)

In den Klöstern und Kongregationen ist nun auch die Lebensweise im höchsten Grade einfach und bescheiden und namentlich zeichnen sich das

Sacré coeur und früher das Jesuiten-Kollegium durch einen wahrhaft rigorösen, puritanischen Lebenswandel aus. Staunen Sie darüber nicht, glauben Sie auch nicht, daß ich mich durch den Schein habe täuschen lassen. Ich kenne den pariser Klerus bis hinein in seine Eingeweide, bis in seine geheimsten Schlupfwinkel — ich kenne ihn ganz. Seine Organisation ist bewundernswerth, seine Disziplin musterhaft und den weit umfassenden Plänen, dem Gedanken von der Ewigkeit der katholischen Kirche konform. Mir kommt der ganze französische weltliche Klerus wie die Bevölkerung eines einzigen großen Klosters vor: keine persönliche Ambition, nur Eifersucht auf die Größe des Ganzen; Gehorsam, blinder Gehorsam gegenüber der bischöflichen Gewalt; keine Spur von Ketzerei, von Jansenismus; eine Furcht vor jeder Irrlehre, die selbst das Studium von dem Katholizismus feindlichen Werken meidet; lieber sollen sie nicht widerlegt werden, als daß etwas davon im Gemüthe des Lesenden hängen bliebe; Bescheidenheit, Vorsicht, und Toleranz im bürgerlichen Auftreten und ein bewundernswerthes Eingehen auf alle Pointen der modernen Civilisation und Gesellschaft um sie zu katholisiren. Leider fehlt mir hier der Raum, dies Alles auszuführen . . . ihre Feinde könnten unendlich viel von ihnen lernen!

Ich speis'te eines Tages mit dem bereits genannten Freunde, dem Abbé B. und dem Erzbischof von Rheims, Monseigneur Grussel, beiläufig gesagt, einem äußerst umgänglichen und dabei gelehrten Prälaten, bei den Jesuiten. Der Erzbischof, der bekannte Reverend père Ravignan, Abbé B. und ich saßen zusammen an einem kleinen Tische im Refektorium; an seiner langen Tafel waren die übrigen Patres versammelt. Wir allein hatten puren Wein, und außer (dem Pot au feu) der Suppe und dem trockenen Rindfleisch noch eine einzige Schüssel. Die Uebrigen mußten sich selbst an einem Festtage, und da sie durch die Gegenwart eines hohen Prälaten beehrt wurden, mit der alltäglichen frugalen Kost und dem gewohnten eau rougi begnügen. . . Der Jesuit durfte innerhalb der grande-banlieu von Paris niemals den Fuß in einen Wagen oder Omnibus setzen: und erst vor zwei Jahren wurde dem Pater, welcher den Carême in Versailles predigte, der Gebrauch der Eisenbahn erlaubt.

Könnte ich nicht eben so gut von Prasserei und Schlemmerei im Innern dieser Häuser reden, da ich die heutige öffentliche Stimmung doch so gut kenne, um hierfür eher Glauben zu finden, als für meine wahrhaften Relationen? Aber nein, mit Lügen ist sogar in Parteikämpfen nur sehr selten etwas gefördert — es ist so wie ich sage, ja dies Versagen von Bequemlichkeiten reicht noch viel weiter, als ich je zur Aufrechthaltung der allerstrengsten Disziplin für nöthig hielt. —

Der französische Klerus, Welt- und Ordensgeistliche, hat puritanische Sitten angenommen; um desto sicherer reich und mächtig zu werden, lebt er in höchst möglicher Einschränkung und vermeidet jeden Aufwand, welcher den Verdacht und die Eifersucht der Bourgeoisie, oder die Habsucht der Bettler auf sich ziehen könnte. — Aus den Revenüen des nach und nach angehäuften Kapitalstocks gibt der Weltgeistliche oder das Kloster nie etwas an Bedürftige, noch weniger werden solche Einnahmen für vergängliche wiederkehrende Ausgaben der Menage verwendet. Nur mit einem Theile der täglich aus der Privatwohlthätigkeit entspringenden Mittel werden die geringen Bedürfnisse des Tages bestritten — der Rest wird zurückgelegt, und namentlich der alten Liebhaberei der französischen Klerisei gemäß verbaut. —

Allen diesen Formen der Exploitation liegt keine schriftliche, regulaire Organisation, kein Assoziations- oder Sozietäts-Geschäft zu Grunde — wohl aber ein gemeinsamer Geist, dasselbe Streben aller, die gleiche Erziehung, die gleichen gesellschaftlichen Verhältnisse, die stillschweigend anerkannten Zwecke des gesammten französischen Klerus. Jeder handelt hierbei so zu sagen auf seine eigene Faust, und doch würde bei Parität des Falles der Eine gerade so gehandelt haben, wie der Andere. Ueberall ist Harmonie in dem Auftreten und der Wirksamkeit des Klerus, und doch läßt sich nirgends eine befehlende Hand gewahren, welche diese Harmonie erzwänge. Das einzige Institut, das man in Deutschland nicht kennt, und das einen konzentrischen Einfluß zu üben scheint, ist die Retraite cléricale. Auf diesem Institut liegt ein dichter Schleier, den ich mich umsonst zu lüften bemühte. Was ich davon weiß, glauben alle Anderen sei das Wesentliche — was ich davon nicht weiß, ist ohne Zweifel die Hauptsache. Jeder Weltgeistliche muß sich in das Seminaire de St. Sulpice einmal im Jahr 8 Tage zurückziehen, und dort die strengste Klausur halten. Wem er dort beichtet, welche Instruktionen er dort erhält, ob er von seiner administrativen und proselitistischen Wirksamkeit dort Rechenschaft ablegen muß, — ob er mit seinen Anklägern konfrontirt und mit Vorhalten geängstigt wird — das weiß ich nicht, doch vermuthe ich es. Abgesehen aber davon geschieht die Rekrutirung des Klerus mit einer solchen Umsicht, die Erziehung in den Alumneen und Seminarien ist so strenge und konform, so ätzend und inductiv, daß mit höchster Sicherheit auf eine gleichförmige Aktion gerechnet werden kann. — —

Außer dieser spontanen Thätigkeit, die sich durch den einen großen Zweck, die alte verlorene Macht durch das Mittel der Wohlthätigkeit wieder zu gewinnen erklärt, giebt es aber noch besonders organisirte geistliche und gemischte Verbrüderungen zu diesem Behufe. Ich erwähne von ihnen

nur zwei, die Société de St. François de Sales und die Société de St. Vincent de Paul. Da ich sechs Monate lang aktives Mitglied der letzten Gesellschaft war, so kenne ich sie mit höchster Genauigkeit, und will daher lieber die Aktion der einen genau, als beide nur oberflächlich beschreiben.

Die Société de St. Vincent de Paul ist eine über ganz Paris und die meisten Städte von Frankreich ausgebreitete Gesellschaft von Laien und Priestern, deren angebliche Aufgabe es ist, die Armen in ihren Häusern zu besuchen, sie zu Muth und Thätigkeit anzuspornen, ihren christlichen Lebenswandel zu überwachen, und sich durch eigenes, unvermitteltes Anschauen Kenntniß von ihrer Lage zu verschaffen, von ihren dringendsten Bedürfnissen, und diese durch Mittel, welche die Sozietät beschafft, zu befriedigen. In der Sakristei einer jeden Kirche von Paris versammelt sich wöchentlich einmal, in einer späten Abendstunde, eine gewisse Anzahl von zur Gesellschaft gehörenden Männern und Jünglingen, und halten ihre Sitzungen unter dem Vorsitze oder Beisitze irgend eines Klerikers. Die Sitzungen beginnen und enden mit besonders für die Gesellschaft abgefaßten Gebeten. Jedes einzelne Mitglied referirt über den Stand der armen Familien, die es bereits besucht, meldet neue Unglückliche an, die von den Gliedern der Sozietät besucht zu werden wünschen, und erhält dann eine Anzahl Bons für Mehl, Brod, Reiß, Hülsenfrüchte, Fleisch und Bouillon zur Vertheilung. Am Ende der Sitzung wird unter den Anwesenden gesammelt, und das eingegangene Geld dem Rechner übergeben: dann geht man unter Gebeten und Verhandlung von Privatchikanen, von häuslichen Angelegenheiten u. s. w. auseinander. Jedes Jahr wird ein berühmter Streithahn, etwa der Abbé Coeur, oder der Reverend père Ravin an oder der Dominikaner-Prior Lacordaire, oder der straßburger Konvertit Ratisbonne um eine Predigt ersucht. Der Präsident der Gesellschaft, sobald er die Zusicherung von einem der frommen Herren erhalten hat, ladet 4 bis 6 der wohlhabendsten und einflußreichsten Damen des Quartiers, die man Quêteuses nennt, ein, Alles was zur alten oder Bourgeois-Noblesse gehört um reiche Gaben und um Theilnahme an der Festlichkeit zu bitten. Die Quêteuses rennen dann in der Stadt herum und schon ihrer gesellschaftlichen Stellung wegen wagt es kein Angesprochener, für den edlen Zweck einen Napoléonsd'or oder einen Fünffrankenthaler abzuschlagen. Am Vorabende des Festes übergeben sie dem Präsidenten der Gesellschaft die ausgebrachten Schätze, und sind noch außerdem verpflichtet, des nächsten Tages beim Ausgang aus der Kirche den weggehenden Gläubigen einen Beutel hinzuhalten, in welchen nunmehr auch der von dem vornehmen häuslichen Einfalle der Quêteuses verschont gebliebene Mittelsmann seine Gabe wirft. Im Jahr 1843 ging im Quartier du Marais

durch diese einzige Operation die bedeutende Summe von 10,400 Franken ein. Wir waren 44 aktive Mitglieder in der Gesellschaft; ein Jeder hatte ohngefähr 6—8 (nehmen wir das Mittel, also 7) Familien zu besuchen, so daß sich diese Summe also auf circa 300 Familien vertheilte — es sollten daher auf jede Familie ohngefähr 350 Frcs. des Jahres, oder um rund weg zu rechnen ein Frank auf den Tag kommen. Natürlich sollte die Familie so viel erhalten, ja mehr noch, wenn man die wöchentlichen Beiträge der aktiven Mitglieder, die sich immerhin auch noch auf 20 Frks. beliefen, und die außerordentlichen Geschenke einbegreift. Mit einem Franken oder 20 Sous ist bei einer armen Familie in Paris sehr viel gethan; in gewöhnlichen Zeiten ist damit ihr ganzer Bedarf an Brod bezahlt. Daß sie so viel erhielt — daran ist nun gar nicht zu denken: Die Familie erhielt wirklich per Woche ein einziges Mal

1 Bon auf	2 Kilogr.	Brod	Werth	80	C.
1 —	— 1 —	Reis	"	60	"
1 —	— 1 Littre	Bouillon ...	"	30	"
		In Summe einen Franken		1,70	

und 70 Cent. oder 14 Sous, während sie mindestens sieben Franken hätte bekommen sollen.

Wohin kömmt der Rest des Geldes? Sind die Waaren, welche die Kaufleute den Armen für die Bons ausliefern, preiswürdig und gesund? Ich versuchte wohl zwanzig Mal diese Fragen in der Versammlung aufzuwerfen — aber ich mußte meine indiskreten Fragen, fast noch beschämt, zurückziehen, wenn mir mit der Respektabilität des Verwaltungspersonals geantwortet wurde . . . — hatte doch der Fremde, der Protestant, ohnehin alle Mühe, sich unkompromittirt in diesem Heiligthume zu erhalten. Es ist einmal nicht anders, wie im Großen so im Kleinen: semper aliquid haeret; kostet doch die städtische Armen-Verwaltung 45 Prozent der verausgabten Summe: dafür müssen die Beamten aber auch mit eigenen Pferden spazieren fahren.

Das Geld verschwindet so zu sagen unter den Händen dieser Leute. Vom Staate autorisirt ist der Klerus nicht zum Wohlthätigkeits-Kommerce, an das Licht der Gerichte und des bürgerlichen Argwohns dürfen sie sich also nicht wagen — es kann also in ihrem Innern geschehen was da wolle . . . die Herrn Jesuiten würden heute gewiß nicht zum zweiten Male ihren Kassierer, den schlauen, lüsternen Affenaër vor die Gerichte des Bourgeoisstaates stellen: nur die gegenseitige Scheu, die Furcht vor der Anwesenheit eines unerschrockenen Mannes hält von anomalen Betrügereien ab; — was jedoch durch devotes Kliquenwesen, durch erzwungene

Darlehne, die nie zurückerstattet werden, in diesen aus Laien und Klerikern komponirten Gesellschaften geschehen kann, das geschieht. Ueber die Verwendung der Summen, welche die pariser Wohlthätigkeit dem nicht mit Laien untermengten Klerus übergiebt, ist absolut, wie bereits gesagt, alle Nachforschung überflüssig, ja alle Kontrole unmöglich! Nicht ein Zwanzigstel erreicht seine Bestimmung. Die Kassen der Congregation pour la propagation de la foi in Lyon könnten darüber Aufschlüsse geben; auch würde man Wunder sehen, wenn man die Fonds aller pariser Kirchen kennen lernte, die, vor dreißig Jahren noch leer bis auf die Neige, heute so reich gefüllt sind; daß z. B. die kleine Kirche St. Dénis du St. Sacrement in der Rue St. Louis au Marais 9 Vikare außer dem Curé mit einem Durchschnittsgehalt von 4000 Franken anstellen kann. Damit Sie sich von der ganzen Schamlosigkeit dieser Manövres überzeugen, lassen Sie sich folgendes Faktum erzählen, das ich aus dem Munde eines pariser Staatsprokurators kenne, den seine Berufsgeschäfte damit bekannt machten: Sie erinnern sich noch, daß vor anderthalb Jahren die Aequinoctialstürme mehrere Fabrikgebäude in Monville, in der Nähe von Rouen zusammenwarfen, unter deren Ruinen etwa 300 Arbeiter theils getödtet, theils schwer verwundet wurden. Die Geistlichkeit von Rouen veranstaltete augenblicklich Sammlungen zu Gunsten der Unglücklichen und brachte in kurzer Zeit die bedeutende Summe von 10,400 Franken zusammen. Unter dem Vorsitze des Erzbischofs hielt die Klerisei sodann eine Sitzung ab, in welcher über die Verwendung der eingegangenen Gelder abgestimmt wurde. In den Erwägungsgründen des Beschlusses lautete einer wörtlich also:

„In Erwägung, daß die eingegangenen Gelder für alle Verunglückten gleichmäßig gespendet wurden; daß unter diesen aber eine nicht geringe Anzahl theils augenblicklich, theils später an erhaltenen Wunden ohne die Tröstungen der Religion verstarb, und daß also der auf sie fallende Theil der menschenfreundlichen Gaben für Stiftung von Seelenmessen bestimmt werden muß, damit ihre Seelen desto schneller das Fegefeuer verlassen u. s. w. u. s. w.

Aus diesen Gründen wird die Hälfte des Kapitals in Renten angelegt und daraus werden stille Messen ad 1 Fr. 50, und Hochämter ad 40 Franken bestritten werden.“ ....

Dazu kein Kommentar! Wie aber wäre auch zu begreifen, daß ohne solche Manipulationen 100,000 französische Priester mit dem geringen Budget-Ansatz von 30 Millionen Franken erhalten werden konnten, von welcher Summe noch dazu mehr als 1/3 auf Ausbau und Reparatur von Kirchen

verwendet wird! Doch genug! — Ich komme wieder dahin, von wo ich ausging.

Die Noth ist dies Jahr größer als seit Langem. Thut der französische Klerus auch in demselben Verhältniß mehr, um ihr zu steuern? Die Noth ist für ihn ein Mittel .... je größer sie ist, desto wirksamer ist das Mittel, damit ist Alles gesagt. Der Priester vertheilt Almosen weder nach der Größe der Noth, noch nach der Dringlichkeit der Lage, noch nach der Gefahr, die dem Unglücklichen aus seiner momentanen Hülflosigkeit droht — o nein — die Noth muß durch Devotion, durch vollkommenes Vertrauen aller Geheimnisse, durch das komplete Aufgeben der Persönlichkeit begleitet sein, der Priester muß jeden Schritt und Tritt, jede Leidenschaft, jede heimliche Begierde, und ihre Befriedigungsart kennen — dann hilft er, — hilft aber immer nur zur Hälfte, damit ihm der Rest von Noth für die Dauer seines Einflusses verpfändet bleibe.

Begnügen Sie sich für heute mit dieser Skizze: die Wohlthätigkeit auf deutsche Weise im Prinzip, oder wenn Sie wollen in abstracto angreifen ist ein trauriges Geschäft ... ich hoffe, keine gesellschaftliche Ordnung wird diesen schönen Trieb aus der menschlichen Seele verbannen; — daß er je überflüssig sein werde, ist ohnehin eine thörichte, utopische Träumerei. *) Ein verdienstliches Werk aber ist es zu zeigen, wie sie geübt wird, wie infam sie als Profession ist, und als solche nicht nur die herrschende Noth nicht lindert, sondern dem Armen noch eine neue Bürde — die der Heuchelei auferlegt. Namentlich aber sollen diejenigen, welche die Charité chretienne für ausreichend halten, um die menschliche Gesellschaft zu regeneriren — an ihren Dispensatoren sich ein erhebendes Beispiel nehmen.

---

*) Mit dieser Ansicht können wir uns durchaus nicht einverstanden erklären. Mag die Wohlthätigkeit, das Almosen zur Abhülfe augenblicklicher Noth unvermeidlich sein, — aber die Nothwendigkeit, Almosen zu geben und zu nehmen ist und bleibt ein unsittlicher Zustand und wir halten es keineswegs für eine Utopie, diesen Ausfluß der civilisirten Gesellschaft durch andere gesellschaftliche Einrichtungen überflüssig zu machen. Dann bleibt von ihr nur noch der Drang, seinem Mitmenschen in allen Fährlichkeiten mit Lust und Liebe hülfreich beizuspringen und diesen schönen Trieb wird und soll allerdings keine gesellschaftliche Ordnung ersticken. D. Redakt.

Korrespondenzen.

(Dresden, Anfang November.) Unsere Leipziger Ztg. veröffentlicht unterm 3. d. M. eine Statistik des sächsischen Schulwesens, wonach es außer den im Jahre 1845 bestehenden 1910 Volksschulen noch 139 höhere und niedere Lehranstalten mit 506 Lehrern und 14,072 Zöglingen giebt und die Zuschüsse aus der Staatskasse zu 265,998 Thlr. berechnet sind. Aber welch' klassischer Zopf hängt am sächsischen Gymnasialwesen; hier hat trotz Ernesti's Forderungen die philologische Sylbenstecherei und Buchstabenklauberei noch immer einen festen Sitz, obschon das Kultministerium in seinem neuesten Regulativ von v. J. ein größeres Eingehen in den Geist des Alterthums fordert und besondere Prüfungskommissionen für die verschiedenen Gymnasien ernannt hat, auf deren Berichte es eine Reform gründen will. Während in allen Zweigen des Wissens Fortschritte gemacht wurden, ließ sich das sächsische Schulwesen ringsum von seinen Nachbarn, ja bezüglich der medizinischen Lehranstalten selbst von Oesterreich überflügeln; ohne Lateinschreiben- und Sprechen ohne die brodlose Kunst Konjekturen zu machen, stand auf manchen Gymnasien dem Abiturienten ein schlechtes Zeugniß wissenschaftlicher Reife bevor. In diesen stagnirenden Sumpf schlug Dr. Köchly, Oberlehrer an hiesiger Kreuzschule, zweimal mit tüchtiger Kraft durch die Schriften „Ueber das Prinzip des Gymnasialunterrichts der Gegenwart," und „für Gymnasialreform" und scheuchte die Bewohner aus ihrem friedlichen Traume zu gewaltigem Lärme auf. Während aber diese ihn in lateinischen Programmen zu vernichten trachteten, traten unter seiner Führung hier gegen 100 Personen jedes Standes und Alters zur Begründung eines Vereines zusammen, der nicht „Reformen," sondern eine „Radikalreform des Gymnasialwesens" sich zum Ziele setzte. Am 20. Septbr. 1846 fand die erste Besprechung, am 2. Novbr. die definitive Begründung dieses Gymnasialvereins statt. Das Kultministerium verbot zunächst die Oeffentlichkeit der Verhandlungen, später die Herausgabe „der Blätter für Gymnasialreform," dieß war die Berichtigung der Hoffnung, die man sich auf dortige Unterstützung gemacht hatte. So auf sich selbst verwiesen, entfaltete der Verein eine ungemeine Thätigkeit, in Sektions-, Ausschuß- und Hauptversammlungen wurden die einzelnen Reformfragen durchgesprochen, im Bericht vorgetragen und genehmigt, während des Winters fanden öffentliche Vorträge vor einem zahlreichen Publikum über humanistische und naturwissenschaftliche Gegenstände statt, die verunglückte Zeitschrift erschien heftweis als „Vermischte Blätter für Gymnasialreform," und außerdem ward noch die Nothwendigkeit der Aufnahme der Naturwissenschaften auf den Gymnasien siegreich bewiesen. Ueber diesen Punkt hatte das Ministerium Sachverständige zu einer Berathung einberufen, in welcher sich die Abgeordneten der Universität nach mehrtägigem Kampfe endlich mit den Freunden der Naturwissenschaft, Prof. E. Richter, Hofrath Reichenbach, Direktor Seebeck vereinigten und den Geheimrath Carus das Feld zu räumen zwangen. Außer diesen im Kultministerio statthabenden mündlichen Debatten, waren noch verschiedene Gutachten eingegangen, unter denen ich hier das gegnerische des Superinten-

denten Dr. Großmann aus Leipzig hervorhebe. Der hochwürdige Herr besorgt von dem naturwissenschaftlichen Unterricht „eine moralische und politische Gefahr,“ und zwar die erstere durch die Frühreife der Jugend und ihr dünkelhaftes Wesen, wenn sie auch noch das ABC von Mineralogie, Zoologie und Botanik lerne. Ist dieser Einwand nur lächerlich, so ist der zweite sogar dumm, denn er verräth den Grund, warum man so sehr auf philologische grammatikalische Auslegung der Alten hält, von der perfiden Denunziation darin gar nicht zu reden. „Es ist die Lösung eines schweren Problems — sagt Brandes über den Zeitgeist — wie eine Regierung den Geist der Unruhe zu zügeln hat ꝛc.; denn große Reizbarkeit, mit Unruhe verknüpft, ist in der Regel der brennbarste, feuerempfänglichste Stoff.“ Nun geben Sie auf Hrn. Großmann Acht, wie er sein priesterliches Kleid schürzt und den Sprung macht. „Wir leben in einer Zeit, wo gerade diese Aufgabe alle Regierungen auf's höchste beschäftigt. Unsre sächs. Jugend steht Gott sei Dank! heute noch in politischer Hinsicht unbefleckt und unverdächtig, mit Ehren da — allein ihre natürliche Unruhe wird nothwendig von der Aufregung der Zeit berührt. Durch die in unsren Schulen vorherrschenden klassischen Studien war sie bisher auf einzelne Gegenstände fixirt und dem Gesetze eines wohlberechneten Fortschritts unterworfen; allein wenn man unsre Gymnasien so umgestalten will, daß sie ihre Anschauungen wie in einer magischen Laterne erhalten, ohne tiefe Eindrücke und Wurzeln zu erzeugen, scheint man nicht absichtlich die zu mäßigende Unruhe beflügeln zu wollen? Und doch kann ich unmöglich annehmen, daß unsre erleuchtete Staatsregierung den Geist der Pariser école polytechnique über den Rhein zu uns herüber wünsche.“ Beruhen Sie sich, Herr Doctor, und ersticken Sie Ihren Polizeiseufzer, das wird unsre erleuchtete Regierung nicht wünschen, dazu kennen wir sie genügend; aber die Furcht hat sie auch nicht, daß die Geschichte der plutonischen und vulkanischen Revolutionen in den Herzen der Gymnasiasten zur politischen und sozialen Propaganda würde; sie hat wenigstens versuchsweise die Naturwissenschaften in den Stundenplan aufgenommen. Wenn aber das liberale geistliche Mitglied unsere I. Kr. in den altklassischen Studien eine heilsame Vorrichtung erblickt, Auge und Herz der Jugend vom Leben der Gegenwart abzuwenden, so kommt er immer noch in Widerspruch mit dem Kultminister. Denn S. 13. des neuen Regulativs „soll die nüchterne Klarheit, der praktische Sinn, die gediegene Thatkraft, die einfache Größe der Alten das Gemüth und den Geist der Jugend bilden und unserm idealisirenden und unentschlossenen Wesen als Gegenmittel dienen.“ Herrliche Worte, nur schade, daß Prof. Richter dazu die niederschlagende Bemerkung macht: „es dürfe nach seinen bisherigen Erfahrungen ein solch antikes Leben, solche Nüchternheit, Entschlossenheit und Thatkraft bei uns in Sachsen gar nicht mit günstigen Augen angesehen werden, wenn man einmal damit Ernst machen wollte, diese Eigenschaften praktisch zu machen.“

Für den Gymnasialverein, der jetzt aus 152 Mitgliedern besteht, ist die Frage über den Werth der Naturwissenschaften als Bildungsmittel entschieden, er hat es sich eingestanden, daß nur der allgemeine Mangel derartiger Vorbildung an den schmerzlichen Mißgriffen schuld ist, die wir in

den letzten großen Unternehmungen begangen haben; daß die rückwärts-blickende Erziehung, welche immer auf alte Zeiten verweist, einer vorwärts und in die Zukunft schauenden Platz machen müsse. Wie die Naturwissenschaft, so ist auch die Stenographie in den Lehrplan des Mustergymnasiums aufgenommen, dem Turnen und seinen angewandten Zweigen, wie Ausflügen und Reisen, und endlich der Gesundheitssorge besondere Rücksicht geschenkt worden. Es wird nun demnächst der Bericht der Kommission zur Entwerfung des Gesammtplanes zu erwarten sein — und dann, ja dann wird die Thätigkeit des Vereins wohl auf schwer zu überwindende Schranken stoßen. Mit der Theorie ist er dann fertig, wie weit er aber praktische Schritte versuchen darf, ist sehr zweifelhaft, da eine Ministerialverordnung vom 7. Dezbr. 1846 „Berathungen und Beschlußnahmen geeigneter Schritte nach Außen und praktischer Maaßregeln zur Verwirklichung der Vereinszwecke, sofern darunter mehr als Vorstellungen an die Behörden der Kreuzschule oder an das Ministerium verstanden wird," nicht geschehen lassen will. Da sind wir also wieder im alten büreaukratischen Kreislaufe, das ist der „praktische Sinn," den wir bei den Alten bewundernd angaffen, aber nur nicht nachahmen sollen. So müssen wir harren, bis das „erleuchtete Ministerium" selbst diese große Frage der Erziehung in die Hände nehmen wird. Nehmen Sie also auch diese Skizze vom Gymnasialverein als einen Beitrag zur Geschichte unsrer Tage.

Versprochener Maßen fülle ich hier die Lücke in meinem letzten Schreiben aus. Die Stärke der hiesigen Garnison beträgt während 8 Monaten des Jahres ungefähr 1500 M., zur Exercierzeit während der übrigen 4 Monate gegen 2500 M. Davon kamen in's Spital im Jahre 1845: 731 Kranke und darunter 145 Syphilitische, 1846: 748, darunter 148 Syphilitische, also etwa 11 pCt., oder unter jenen 2500 M. 5,96%, eine beträchtliche Anzahl, wenn man damit vergleicht, was Dr. Lippert in dem bereits angezogenen Werke über die Prostitution Hamburgs in Bezug auf die belgische Armee bemerkt. Nach den dort von der Regierung zur Steuerung der Syphilis getroffenen Vorkehrungen erkranken von einem Heeresbestand von 30,000 M. jährlich im Durchschnitte nur 130, also 0,43%, ein Resultat, das überall zu erreichen sein wird, wo man der Sache seine unausgesetzte Aufmerksamkeit überhaupt zuwenden will.

(Aus der Schweiz.) (Das Gefecht bei Lunnern oder Rickenbach vom 12. Nov.) Fast 3 Wochen im Felde zu liegen, zu wissen, daß eine eidg. Armee von 70—80,000 M, unter den Waffen, und noch kein Körnchen Pulver „geschmöckt" zu haben, — das wollte uns nicht recht in den Kopf. Zwar waren die Quartiere gut, alle Fragen über dieselben bei unsern Soldaten wurden mit freudestrahlenden Mienen beantwortet; die Bewohner des Zürcherischen Bezirkes Affoltern, an Zug und an das verdächtige katholische Freienamt (Aargau) angränzend, begrüßten die bei ihnen einrückende Brigade Blumer von der Divis. Gmür als Retterin aus der Angst vor drohenden Gränzüberfällen, als Schirmerin des heimischen Heerdes. Der Most (Obstwein), der dieses Jahr von ganz

vorzüglicher Ergiebigkeit gewesen war, floß in Strömen, die Soldaten konnten trinken, soviel sie nur mochten; es gab Bauern, die täglich ihrer Einquartirung 40—50 Maaß verabreichten, ohne derselben überdrüssig zu werden; dabei ist der Most da, wo er sorgfältig behandelt wurde, heuer so schmackhaft, daß selbst die Offiziere denselben gewöhnlich dem ihnen vorgesetzten sonst ganz trinkbaren Weine vorzogen. Allein unsre Wehrmänner, namentlich die des zweiten Bundesauszuges, welche fast alle in den dreißiger Jahren stehen, und Weib und Kind daheim haben, sehnten sich mehr nach einer baldigen Entscheidung der großen vaterländischen Frage, als nach den Fleischtöpfen Egyptens, daher kam es, daß bei jedem Allarm, bei jeder Truppendislokation die offenbarsten Zeichen der Ungeduld und des Verlangens sich kund gaben, nun endlich einmal gegen den Feind geführt zu werden. Seit Anfang Novbr. war ich als Militärarzt mit 2 Kompagnien Nro. I und IV des Bat. Nro. 29 Meyer vom Hauptquartier des Brigadestabes Blumer, wo der übrige Theil des Bataillons sammt dem Bataillonsstabe lag, nach dem benachbarten Dörfchen Obfelden detachirt, um die bei dem Weiler Lunnern über die Reuß geschlagene Schiffbrücke, welche zur Verbindung der beiden Divisionen Gmür und Ziegler bestimmt war, in Gemeinschaft mit den beiden Scharfschützenkompagnien Custer (St. Gallen) und Huber (Zürich) gegen einen unvorhergesehenen Ueberfall das Freienamt hinab, welches von Truppen fast ganz entblößt war, zu decken, — offenbar ein unzureichender Schutz für einen wichtigen Verbindungsposten, und es hing auch wirklich nur an eines Haares Breite, daß dieser wichtige Posten nicht in die Hände des Feindes fiel, und daß, falls die Zuger und Schwyzer etwa gleichzeitig auf der südlichen Gränze unsers Bezirkes einen Einfall versuchten, möglicherweise die Brigade Blumer zurückgetrieben, und der Bevölkerung des „Knonauer Amtes“ (der alte Name für den Bezirk Affoltern) gränzenloses Elend bereitet werden konnte. Schon der Morgen des 12. Novembers begann sehr unruhig: sich widersprechende und durchkreuzende Gerüchte wollten von einem Einfalle der Sonderbündler vom Zuger Gebiet her etwas wissen, der Feind sei schon in dem eine kleine Stunde entfernten Maschwanden, hieß es; die bei der Schiffbrücke stationirten Pontonniere schickten eine Stafette über die andre in's Hauptquartier mit dem Bericht, der Feind rücke mit Heeresmacht das Freienamt hinab; umsonst, es wurde den Gerüchten kein Glauben beigemessen. Gegen 9—10 Uhr Morgens hörten wir deutlich ein fernes Feuer von grobem und kleinem Geschütz, das nach 11 wieder schwieg; es hieß, der Sonderbund habe das Kloster Muri angegriffen, sei aber mit schwerem Verlust zurückgetrieben. Doch erhielten wir wenigstens nun endlich die Ordre, auf das vom Hauptquartier gegebene Allarmzeichen von 8 Kanonenschüssen uns r ü c k w ä r t s auf das Gros unsers Bataillons zurückzuziehen. So wenig ahnte man die vorhandene Gefahr. Um halb 12 Uhr ertönten die ersehnten 8 Schüsse. Rasch wurde Generalmarsch geschlagen, unsre beiden Kompagnien versammelten sich, und wollten sich eben nach Affoltern begeben, als der Major unsers Bataillons (der Kommandant eines Bataill. heißt Oberstlieutenant) uns den Befehl überbrachte, nach Lunnern an die Schiffbrücke zu ziehen. Fröhlichen Muthes zogen wir hin zum Schutze der wie verlassenen Pontonniere, wir fanden nämlich außer uns bei denselben nur

noch die Komp. Jäger links unsers Bataillons und die oben genannten zwei Scharfschützen-Kompagnien. Unsre Soldaten und Offiziere sahen sich etwas erstaunt an: „das ist unsre ganze Macht, um einen so wichtigen Paß zu decken? wo ist unsre Artillerie? wo sind denn die 70,000 von der Eidgenossenschaft aufgebotenen Soldaten?" Wir hatten hie und da einige Mühe, den Leuten Besorgnisse von Verrath und Untreue auszureden, die Berichte der Flüchtlinge aus dem Freienamt, die theils allein, theils mit Hab' und Gut zu uns sich retteten, lauteten immer bestimmter, der Feind ziehe mit Heeresmacht heran, ja, er sei schon in Mühlau, eine Stunde oberhalb Rickenbach, dem kleinen zum Dorfe Marschwanden gehörigen Weiler auf der Aargauischen Seite der Schiffbrücke. Jetzt fing unsre Lage allerdings an, kritisch zu werden, und ich kann es nicht läugnen, wir hatten immer größere Mühe, den Soldaten ihre Besorgnisse von Verrath und dgl. auszureden. Da plötzlich rasselte es über uns auf der Höhe von Lunnern, die das Reußthal beherrscht, und in gestrecktem Trabe donnerte die Batterie Scheller den Ausweg des Abhangs hinunter bis zur Brücke. Der Jubel unserer Truppen war unbeschreiblich, es war Allen, als fiele uns ein Stein vom Herzen; denn wir waren schon davon unterrichtet, daß der Feind Artillerie mit sich führe, und hätten wir uns auch aufgeopfert, den Uebergang über die Reuß konnten wir ohne grobes Geschütz mit unserer geringen Truppenzahl gegen eine vielleicht 10fache Uebermacht nicht verhindern. Im Hauptquartier war man dagegen wie es scheint der Ansicht, der heranziehende Feind sei eine Abtheilung der Divis. Ziegler, welche von der Verfolgung der geschlagenen Sonderbundtruppen zurückkehrte, und es erging weder an die uns noch fehlenden 3 Komp. unsers Bat., noch an die in Affoltern stehende Batterie Zeller der Befehl, zu unserer Unterstützung aufzubrechen, während die Leute bei dem nun bald beginnenden Kanonendonner fast nicht zu halten waren, außer sich darüber, daß man sie nicht marschiren lasse, während wir in so handgreiflicher Gefahr. Genug, der entscheidende Augenblick kam immer näher heran. Der Hauptmann Scheller, ein junger kräftiger Fabrikbesitzer vom Zürichsee, ließ 2 Piecen seiner Batterie, von einer Komp. Scharfschützen (Custer) und einer Komp. Inf. gedeckt, auf das jenseitige Ufer nach Rickenbach vorrücken, immer noch in dem Glauben, jeden Augenblick könne Unterstützung eintreffen, und wir seien dann im Stande, den Kampf auf den jenseitigen Ufer aufzunehmen. Es war dieß gewiß etwas zu viel Kühnheit, allein Hr. Scheller hatte vom Freischaarenzuge her (er mußte sich den Zugern ergeben, wurde aber von Hrn. Oberst Moos sofort wieder entlassen) eine Scharte auszuwetzen, und wahrlich, er hat sie an diesem Tage ausgewetzt! Allein die Unterstützung traf nicht ein, dafür aber die Nachricht, der Feind sei nur noch $1/2$ Stunde entfernt, und führe 8 Piecen mit sich. Nun galt es kein Zaudern mehr, rasch fuhren die beiden Stücke zurück, und die ganze Batterie postirte sich auf der Höhe von Lunnern in einer vortheilhaften Stellung; der Hauptmann Locher ertheilte seinen Pontonnieren den Befehl, die Brücke auseinander zu legen; die Schützenkomp. Huber eilte auch noch hinüber, um diese Operation zu decken, und wahrlich diese Hülfe kam uns wohl zu Statten; denn Hauptmann Custer, ein etwas unruhiger Kopf, der eigentlich zur Deckung der Brücke ausdrücklich bestimmt war,

aber seit 9—10 Tagen so ziemlich auf eigne Faust im Freienamt hier und dorthin Streifzüge gemacht und einen kleinen Vorpostenkrieg geführt hatte, zog es auf einmal vor, seinen auf unserer Seite stehenden Munitionswagen sammt einem Detachement von 24 M. im Stiche zu lassen, und sich links nach Muri hinauf zu ziehen. Deutlich hörte man schon das Geschütz des Feindes heranrasseln; allein die braven Pontonniere waren nach 20 Minuten mit ihrer schweren Arbeit fertig; auf Befehl unsers nun das Kommando über die Infanterie und die Scharfschützen übernehmenden Major Brugbacher zogen sich die Truppen über die letzten Verbindungsbalken zurück; der Oberlieutenant der Scharfschützen, Herr Spillmann, ebenfalls beim Freischaarenzuge gefangen genommen, mußte sich mit den Letzten seiner Schaar in einem Schiffe übersetzen lassen; er war noch nicht am Ufer, der letzte Ponton war noch nicht auf unsrer Seite befestigt, als die feindlichen Bataillone im Sturmschritte heranrückten, sich in regellose Haufen auflös'ten, und mit einem wahrhaft infernalischen Gebrüll auf die Brücke losstürzten. Groß war ihr Erstaunen, keine Brücke mehr da zu finden, wo noch vor wenigen Augenblicken eine gestanden; denn wir konnten sicher darauf rechnen, daß die Freienämtler sie immer von unsern Bewegungen im Geheimen unterrichteten; so bedienten die Rickenbacher noch im letzten Augenblicke unsre Soldaten auf's Freigebigste mit Most, Käse und Brod, nur um sie hinzuhalten und über die drohende nahe Gefahr zu täuschen. Sofort eröffneten die Sonderbündler ihr Feuer; ihre Scharfschützen und Infanteristen vertheilten sich auf dem jenseitigen Ufer der Reuß theils im dichten Gebüsch, theils hinter einem zum Schutz gegen die häufigen Ueberschwemmungen des wilden Flusses aufgeworfenen einige Fuß hohen Damme, und fingen wacker an zu „klöpfen;“ ebenso rasch fuhr eine Piece vor, und begrüßte unsre abziehenden Pontonniere und übrigen Truppen mit einem Hagel von Kartätschen. Hierbei kam uns aber ein doppelter Umstand wohl zu Statten: zuerst jener Damm, hinter dem sich die feindliche Artillerie aufstellen mußte, und der sie daher größtentheils verhinderte, das Riet, welches sich zwischen dem Gesträuch an den Ufern des Flusses und der Höhe von Lunnern etwa 1000 Schritte breit erstreckt, wirksam zu bestreichen; — und dann der Zufall, daß das Schilfrohr des Rietes einige Tage vorher abgemäht war, und in vielen Hunderten von großen, mächtigen Schobern aufgerichtet stand. Die Truppen, die daher nicht, wie die Komp. Jäger links oberhalb und die Scharfschützenkomp. Huber unterhalb der Brücke dazu bestimmt waren, von dem Gesträuch am Ufer aus ein wohlgezieltes Kleingewehrfeuer gegen den Feind zu unterhalten, konnten sich sammt den Pontonnieren von Schober zu Schober in kleineren Haufen zurückziehen, ohne wesentlichen Schaden zu erleiden. Leider scheint dieser sonst ganz vernünftige Befehl, so wie die Ordre, sich aus der Schußlinie unserer Artillerie zu begeben, von dem Hrn. Aidemajor ziemlich lebhaft ertheilt worden zu sein; wenigstens nahm der Hauptmann der Komp. denselben jedenfalls zu buchstäblich, indem er mit einem Theile seiner Komp. bis nach Affoltern retirirte. Dafür sitzt er nun in scharfem Arrest, und es erwartet ihn wohl noch eine strenge Strafe. Auch der Hr. Aidemajor begab sich angeblich in Folge eines Streifschusses über den Fuß aus dem Gefecht; doch behaupten Manche, er sei nur bei der zu eifrigen

Retirade gestolpert, und habe sich auf diese Weise die große Zehe ein wenig gequetscht. —

Gegen 3 Uhr war das Gefecht im vollem Gange, auf beiden Ufern knatterten die Schützen und Jäger gegen einander nach Herzenslust; doch waren die Sonderbündler durch den Damm geschützter, als unsre Leute durch das Gestrüpp; dagegen stand ihre Artillerie, 8 Stücke stark unten am Flusse bei Rickenbach, während die unsrige, 4 Sechspfünder, von der Höhe von Lunnern herab, gerade der etwa 1500 Schritte entfernten Schiffbrücke gegenüber, eine viel vortheilhaftere Position besaß. —

Ich hatte mich währenddem in die auf unserer Seite unterhalb der Brücke befindliche Rickenbacher Mühle begeben, um dort das Nöthige für den ersten Verband der Verwundeten in Gemeinschaft mit dem Pontonnierarzt anzuordnen. Von dort begab ich mich über einen oberhalb des Rietes gelegenen freien Wiesenabhang, der eine freie Aussicht über das ganze Schlachtfeld gestattete, dafür aber auch ganz ungedeckt war, zu unsern Kanonen, war aber noch nicht auf der Hälfte des Weges, als die ganze feindliche Artillerie ihre volle Macht auf die unsrige spielen ließ, um sie wo möglich zum Schweigen zu bringen. Ich konnte nach etwa hundert Schritten ungefähr in der Mitte zwischen der Rickenbacher Mühle und der Batterie ziemlich sicher hinter einem Heckenwalle Posto fassen, von wo aus ich mir die Sache mit Gelassenheit betrachten konnte. Die feindliche Artillerie feuerte anfangs ganz gewaltig, die Granaten flogen brennend hoch in der Luft herum und zischten und prasselten, die Kugeln schlugen meist etwas unterhalb in den Boden, ganze Haufen von Sand aufwerfend. Doch die Freude währte nicht gar lange; merkwürdiger Weise erlitten unsre Kanoniere durchaus keinen Schaden, obgleich einem Trainsoldaten das Pferd unter dem Leibe erschossen wurde, obgleich dicht bei Andern die Kugeln in die Erde schlugen, obgleich eine Kugel sogar durch das Rad einer Lafette ging, ohne dasselbe zu beschädigen. Dagegen wirkten unsre Sechspfünder ganz anders, ihre wohlgerichteten Schüsse richteten große Verheerungen unter dem Feinde an; bald nach den ersten Schüssen wurde eine feindliche 12 Pfünder Haubitze zusammengeschossen, gleichzeitig stürzte ein Offizier und 4 Mann; später soll noch eine Kanone demontirt sein. — Nach diesen Erfolgen unsererseits wurde das feindliche Feuer, das eine Stunde mit voller Kraft angedauert hatte, allmählich schwächer; unsere 4 Stücke pufften aber um so lustiger darauf los; ein Wachtmeister war gerade am Richten, als eine Kanonenkugel dicht bei seinem Fuße vorbeisaus'te; er ließ sich jedoch nicht außer Fassung bringen, und richtete ruhig fort, ohne nur einen Seitenblick zu thun. In diesem Augenblick, als das feindliche Feuer ein wenig ermattete, kam athemlos ein keckes Schulmeisterlein, das freiwillige Boten- und Adjutantendienste im Gefecht verrichtete (ungefähr wie die Landsturmedikte von 1813 die Schulmeister als besonders tauglich zum Spioniren empfahlen), gesprungen, um mich aus der Rickenbacher Mühle zu Verwundeten in Lunnern zu holen. Erfreut, mich schon auf der Hälfte des Weges zu finden, trat er mit mir den Rückweg an; als ich aber nach strategischen Regeln unterhalb des Abhangs hinter den Kanonen mich nach Lunnern begeben wollte, meinte er ganz naiv, wir könnten ja auch dicht bei den Kanonen vorbei, es sei

näher. Nun, ich dachte, wenn es das Schulmeisterlein wagt, werde ich's auch wohl wagen dürfen, und so traten wir denn getrost den Weg durch die ganze feindliche Schußlinie hindurch, unmittelbar hinter unsern Kanonen an; doch war wie gesagt, das feindliche Feuer schon schwächer geworden, und nur hie und da saus'te noch eine Kugel über unsre Häupter hinweg. „Das Glück ist den Kühnen hold!" rief triumphirend mein Begleiter, als wir unversehrt im Wirthshause zu Lunnern anlangten, und ich mich nun sofort an das Geschäft machte, mit Hülfe meiner „Frater" (militärische Krankenwärter) die drei daliegenden Schwerblessirten zu verbinden. Kaum war ich damit fertig, so wurde ich auch schon wieder nach der Rickenbacher Mühle gerufen; dießmal zogen wir es aber doch vor, einen kleinen Umweg hinter der Höhe her zu machen. Mittlerweile langten noch 2 Komp. unsers Bataillons sammt Oberstlieutenant und den beiden Aerzten desselben an; in vollem Trabe kam in der Dämmerung die Batterie Zeller angesprengt, stellte sich auf, und that noch 2 Schüsse, gerade genug, um die Zahl Hundert voll zu machen, da die Komp. Scheller 98mal auf den Feind gefeuert hatte. Mit der einbrechenden Dämmerung schwieg das grobe Geschütz gänzlich; die Schützen an den beiden Ufern setzten ihr Feuer noch eine Zeitlang fort, bis endlich auch dieses aufhörte. —

Hätten wir nun eine größere Truppenmacht besessen, so wäre es ein Leichtes gewesen, hinüberzufahren und die beiden demontirten Stücke zu holen; so aber konnten wir nicht daran denken; wir mußten uns begnügen, unsre zum Theil noch an der Reuß liegenden Todten und Verwundeten zu holen. Erstere waren — Dank dem schützenden Schilfrohrhaufen — nur zwei an der Zahl: ein Familienvater von Thalweil am Zürichsee, und ein Luzerner Flüchtling Namens Fischer, der als Ersatzmann für einen Andern eingetreten war, — Beide von der Komp. Jäger links, die überhaupt am Meisten gelitten hat, da sie noch fünf Schwerverwundete zählt; die Scharfschützenkompagnie Huber hat drei, die Pontonniere zwei, die Komp. I. unsers Bataillons einen Schwerblessirten; also im Ganzen beträgt unser Verlust 2 Todte und 11 Schwerverwundete, von den Letztern könnten vielleicht leider noch Einige sterben; — unsre Gegner haben, wie es heißt, 40 Todte und eben so viele Verwundete zu beklagen, ein Beweis, wie trefflich das Scheller'sche Geschütz bedient wurde. Dieselben sollen von dem Sonderbundsgeneral v. Salis in Person kommandirt worden sein; auch sein Generalstabschef v. Elgger war anwesend, wurde sogar verwundet und todt gesagt. Beides hat sich nicht bestätigt. Zwischen 10 und 11 Uhr hörten unsre ausgestellten Vorposten das feindliche Geschütz abziehen; ihre Todten und Verwundeten, sowie die demontirten Stücke nahmen sie mit sich. Auf dem Rückzug brandschatzten sie noch auf eine heillose Art die liberalen Bewohner des Freienamtes, mißhandelten sie, führten ihr Vieh, ihre Vorräthe mit sich, ließen den Wein in die Keller laufen u. s. w., — Alles zur größern Ehre Gottes und der gefährdeten katholischen Religion. —

Das Ganze, der Angriff im Kulmbacher Thal, auf Muri, auf die Schiffbrücke — war nichts als ein Verzweiflungscoup, in der Hoffnung unternommen, während der größere Theil der eidg. Armee vor Freiburg, das am folgenden Tage eingenommen wurde, beschäftigt sei, durch einen

verwegenen Handstrich dem Schlage, der nach dem Falle Freiburg's drohe, zuvorzukommen, und wenigstens nach einer Seite hin siegreich dazustehen. Das ist nun gänzlich fehlgeschlagen; trotz unserer Minderzahl hat sich, mit den angeführten Ausnahmen, unser Häuflein so wacker gehalten, wurde die Artillerie so trefflich bedient, daß der Feind uns wenig anhaben, vielmehr mit unendlich stärkerem Verluste wieder abziehen mußte. — Zwei Tage darauf wurde die Schiffbrücke eine halbe Stunde weiter unten — in Ottenbach — aufgeschlagen, und wir machten an diesem Tage mit 6 Bataillonen sammt den dazu gehörigen Spezialwaffen eine militärische Promenade durch einen Theil des Freienamtes, ohne jedoch auf Sonderbündler zu stoßen. — Am 15. endlich wurde der Luzerner Fischer mit allen militärischen Ehren auf dem Kirchhofe zu Affoltern beerdigt; den Thalweiler holten seine Angehörigen ab. — Die Verwundeten wurden zum Theil an demselben Abend noch, zum Theil am andern Morgen nach Zürich in's Spital geschickt; der Zulauf, die Theilnahme waren bei ihrer Ankunft so groß, daß die Wagen kaum durchpassiren konnten. Einer der Verwundeten, ein Scharfschütz, Namens Spörri, hörte noch nach 3 Verwundungen nicht auf zu schießen, erst bei der dritten, die ihm das Knie zerschmetterte, stürzte er zusammen. Ein Anderer, ein Jäger links Namens Biber, erhielt unten an der Reuß einen Schuß von der Gegend hinter und unter dem rechten aufsteigenden Ast des Unterkiefers durch die Mundhöhle hindurch bis zum äußern Augenwinkel des linken Auges, woselbst die Kugel wieder hinausging; der Verwundete legte sich hinter einen Schilfschober, nahm einen Schluck Brenz, und wartete ruhig die Dunkelheit ab, worauf er gemächlich nach Lunnern hinaufspazierte; — er befindet sich jetzt — am 15. — ganz munter und wohl im Spital; doch könnten freilich bedenkliche Symptome eintreten, wenn die Eiterung beginnt.

Als eine besondere Kuriosität verdient noch bemerkt zu werden, daß der Dachstuhl des Kirchthurmes der neuen Gemeinde Obfelden, zu welcher auch Lunnern gehört, gerade während der Kanonade aufgerichtet wurde; obgleich derselbe fast eine halbe Stunde vom jenseitigen Reußufer entfernt ist, so fielen doch mehrere Kugeln bis dicht in seine Nähe; eine derselben, eine Haubitzenkugel, wog leer 15¾ Pfund. Gewiß eine eigenthümliche Kirchweihe. —

Heute, den 15., erhalten wir die Nachricht, daß Freiburg sich vorgestern ergeben hat; morgen rückt unser Bataillon sammt dem Brigadestab an die Schwyzer Gränze nach Richtensweil, ob, um dort auf seinen Lorbeeren auszuruhen, oder um vielleicht eine kleine Promenade nach dem Kloster Einsiedeln zu machen, ist uns Diis minorum gentium zur Zeit noch völlig unbekannt. —

Dr. **Aug. Lüning.**

(Aus London, November.) Woher kommt es, daß man in Deutschland sich so wenig um Englands innere Verhältnisse bekümmert? Diese Frage drängt sich wohl Manchem auf wenn er die deutsche Presse über das Inselreich sprechen hört. Langweilige Parlamentsberichte, Ankündigungen von Falliten und Bankerotten, Pallastkabalen, Skizzen von

aristokratischen Festen und königlichen Amüsements, Theaterzettel und dergl. das ist Alles, was die „wohlunterrichteten" deutschen Blätter ihren Lesern auftischen. Gleichwohl gewährt die englische Presse einen viel deutlicheren Einblick in die Verhältnisse ihres Landes, als die französische in die Frankreichs, und die englischen Journale finden in Deutschland einen ungehinderten Zutritt, was mit den französischen nicht der Fall ist. Dennoch wird in einem Monate von deutschen Federn mehr über Frankreich geschrieben (freilich oft sehr konfuses Zeug), als in einem halben Jahre über England. Zwar ertönen nicht selten hohle Phrasen: „England sei der auswärtige Universalrepräsentant des Germanismus" (sic) und „Englands Freiheit sei in den deutschen Urwäldern gewachsen," auch wird allerlei geschwatzt von der tiefen „naturwüchsigen Verwandtschaft" beider Nationen, und mancher biderbe Teutomane ist schon mit einer erklecklichen Dosis Anglomanie behaftet; aber dies Alles trifft den Nagel nicht auf den Kopf. Deutschlands Tagespresse braucht keine Manie, weder Anglomanie noch Gallomanie, weder Russomanie noch Teutomanie; sie sollte lieber Fakta studiren und Schlüsse aus den Fakten ziehen. In England geschieht Großes, und noch Größeres wird kommen. Englands Nation ist zu einer ungeheuer wichtigen Rolle berufen. Die Enkel Cromwell's, Locke's und Watt's werden vielleicht schärfer als Frankreich und Deutschland vor Ablauf des Jahrhunderts in die Weltgeschichte eingreifen.

Wenden Sie den Blick auf die workingmen, auf das Volk von Altengland, und Sie müssen gestehen, ein Neuengland sei nicht mehr fern. Da ist Feargus O'Connor, der Landsmann und heftigste Widersacher des Daniel O'Connel; ein Mann der ohne die zaudernde Zweideutigkeit dieses letzteren geradeweges mit der Emancipirung der arbeitenden Klassen Ernst macht; der kühne unermüdliche Häuptling der Chartisten, der, wie seine gesammte Partei, einen gar sonderbaren Abstich macht gegen das widerlich philiströse Bild, unter welchem der Kontinent sich den John Bull vorzustellen pflegt. Freilich, beurtheilt man die Engländer nach den Exemplaren, die alljährlich in hellen Haufen nach Deutschland und Frankreich pilgern, und nach denen, die in Englands offizieller Welt das Wort und das Ruder bisher führten: so erscheinen sie allerdings als eine Karikatur. Aber ganz anders sehen sie aus, wenn sie als Chartisten auftreten; diese bieten noch weniger Stoff zum Belachen als die Rundköpfe von 1647.

Die Chartisten haben, durch mißlungene Aufstände in den dreißiger Jahren längst gewitzigt, die friedliche Propaganda eingeschlagen, und zwar im großartigsten Maßstabe. Sie schießen regelmäßig in wöchentlichen Beiträgen Geld zusammen, um Grundstücke im Lande selbst zu erwerben und auf diesen das kleine Ackersystem (wo jeder Familie ein Häuschen nebst Boden zufällt) einzuführen. Sie haben eine Land-Company mit Ober- und Unterkommissionen durch ganz England organisirt; Leiter ist Feargus O'Connor, der hievon in seinem kolossalen Wochenjournal „the Northern Star" Rechnung ablegt. In der Nummer vom 2. Oktober wird ihm ein Brief geschrieben, welcher also beginnt:

Die Uebel des Bodenmonopols.

„Wer durch die Manufaktur-Distrikte geht, wundert sich über die er-

bärmliche Lage der Arbeitermassen; selbst zu Zeiten wo der Lohn verhältnißmäßig hoch und Arbeit vollauf ist, leben sie im scheußlichsten Zustande. Die Frauen und Töchter quälen sich täglich in den Fabriken, während die Männer müßig gehen müssen und auf den weiblichen Verdienst angewiesen sind. Trunkenheit und Hunger sind ihre Gäste.... Die Kinder aus diesen Ehen sind jämmerlich und werden es durch Opium immer mehr... Und wenn nun gar die schlechte Zeit kommt! —

„Wahrlich, der Kopf welcher den Plan ersonnen, die Arbeiterklassen von den Manufakturen ab und auf den Bodenbau zu lenken, ist hoch zu ehren. Die National-Landkompagnie wendet sich geradezu an den herrschenden Zug in unserm Charakter: an unsere Liebe für das, was wir unser Eigenthum nennen können."

O'Connor will eine radikale physische und psychische Umgestaltung durch dieses System erzielen; jeder Landwirth soll Waffen im Hause haben, das Volk von England soll endlich sich seiner Menschenwürde thatsächlich bewußt werden. Läßt sich auch Vieles hiewieder einwerfen, so ist wenigstens richtig, daß die Agitation, d. h. der theoretische wie der praktische Aufschwung der Arbeiter ungemein schon jetzt durch die Aussicht auf bessere Zukunft gewinnt. Die Beiträge fließen immer reichlicher; große und kleine Meetings, Vorlesungen und Reden, Broschüren und populäre belehrende Artikel im „Nordstern" (z. B. eine kurzgefaßte englische Grammatik) halten das Publikum wach und läutern seine wüsten Vorstellungen. Und dies Alles im Lichte der hellsten Oeffentlichkeit.

Vor einiger Zeit schrieben die amerikanischen Demokraten von Philadelphia nach einem großen Meeting wieder einmal einen Bruderbrief „an die Wähler und Nichtwähler in Nottingham," um denselben Glück zu wünschen, den Redakteur des Nordsterns zum Parlamentsmitgliede ernannt zu haben. In der That ist O'Connor's Wahl ein Ereigniß, dessen Folgen unberechenbar sind. Die Adresse drückt hohe Freude darüber aus, daß englische Wähler einem Irländer, allen volksmörderischen Nationalvorurtheilen zum Trotz, die Vertreterschaft übertragen haben. „Wir sehen schon im Geiste den glorreichen Tag, heißt es, wo die Prinzipien Eurer Volkscharte die Basis der englischen Verfassung sein werden, Prinzipien, welche die genaue Verkörperung unserer eigenen ruhmwürdigen Unabhängigkeitserklärung sind, mit deren Triumphe sich die Verhältnisse Europas von England aus unstreitig ändern müssen. Wenn wir die Fruchtbarkeit Eurer Insel, den Fleiß Eurer Hände, die Energie Eures Verstandes betrachteten, und dann wieder die Langmuth, mit der Ihr Euch der Peitsche des Zwingherrn unterwarfet, dann stieg manchmal in uns ein Zweifel auf, ob Ihr und wir aus dem nämlichen Völkerstamme entsprossen? Aber heute jubeln wir; Feargus O'Connor ist Parlamentsmitglied durch Eure Einsicht und Eure Einigkeit geworden. Nicht als hielten wir unendlich viel auf seine Person; es thut uns leid daß Bronterre Obrien, Dr. Macdouall, Julian Harney, Lovelt, Vincent, Baristow, James Leach und andere Patrioten, deren edle Namen wir hier längst kennen, nicht ebenso auf den Bänken des Parlaments von Altengland jetzt

schon zu sitzen kommen, aber (wie der Dichter sagt) es naht eine gute Zeit; und in dieser Hoffnung grüßen wir Euch brüderlich.

„John Campbell, Sekretär.“

(An Mr. James Swent zu Nottingham.)

O'Connor hat eine unglaubliche Thatkraft. In diesem Augenblicke sieht er sich genöthigt auf eine Menge absurder Zeitungsangriffe zu antworten; er geht dabei sehr summarisch zu Werke und fordert allwöchentlich die Verläumder zur Herbeibringung der Beweisstücke (die Anklagen beziehen sich meist auf pekuniäre Verhältnisse) auf, zu mündlichen und schriftlichen Auseinandersetzungen, auch wohl zum Duell. Er durchwandert das Land, spricht bis 1 Uhr Nachts, schläft einige Stunden, schreibt seine Depeschen, besteigt wieder die Rednerbühne und reist in eine andere Stadt, wo er es ebenso macht, und so geht es wochenlang. In der Nummer vom 30. Oktober beginnt er gleich auf der ersten Seite in der ersten Kolumne:

„An die Arbeiterklassen.

„Meine Freunde! ich richte diese Zeilen gradezu an Eure gesammte Klasse, weil ich eitel genug bin zu meinen, Ihr interessirt Euch für mich. Es schlägt 1 Uhr Morgens, ich muß kurz sein. Montags stand ich im Meeting zu London in der Crown and Anchor Tavern und kam nicht vor 2 Uhr zu Bett. Dienstag war ich in Manchester, sprach 4 Stunden in einem Lokal heiß wie ein Backofen und kam erst gegen 4 Uhr zur Ruhe. Mittwoch war ich in Nottingham und sprach drittehalb Stunden in einem heißen Bade und ging um 2 Uhr schlafen. Heute Freitag bin ich wieder in London; Ihr seht ich habe meine Zeit nicht verschleudert.“ — Und jetzt geht er an eine genaue Auseinandersetzung der Diskussionen.!

Während auf diese Weise die an 2 Millionen starke Chartistenpartei die Fundamente des alten Englands vor den Augen des Publikums unterminirt, erschallt in Irland das soziale Kriegsgeheul „Brod oder Blut“ (bread or blood). In diesem von Romantikern besungenen prosaischsten aller Länder zeigt sich jetzt eine bedeutsame Aenderung. Der hungernde Bauer fängt an seine katholischen Pfarrer zu bestehlen, und wöchentlich hört man, daß hie und da Schaafe, Schweine, und sonstiges Vieh von der Weide des Geistlichen in den Magen der frommen Beichtkinder gewandert sind. Auch raisonniren letztere, seit der Wirksamkeit des Jungen Irlands, heftig gegen die auf der Kanzel ihnen gepredigte Unterwürfigkeit. — Auf den Eintreiber der Steuern Mr. Barry ward zweimal geschossen; sehr viele Schaafdiebstähle wurden verübt. Auch geschah wieder eine Rentendrohung: als der Pächter John Cormak mit seiner Familie Mittag speiste, kamen fünf wohlbewaffnete Bauern und überreichten ihm einen Brief des Inhalts: „wofern Hogan oder sonst einer der Hintersassen von Ballyhogan die Rente dieses Jahres dem Grundbesitzer William Kingsley Esquire zahlen solle, werde man zum Morde schreiten;“ ehe die Besucher weggingen, schossen sie fünfmal im Hause ihre Gewehre ab. — Dies ist etwas ganz Gewöhnliches und wird, obschon es alle Woche vorfällt, nicht mehr besonders in jedem Zeitungsblatte des Erwähnens gewürdigt.

In Birmingham hat eine Wittwe, Anna Wilkes, ihren fünf Kindern in einer Nacht die Hälse abgeschnitten und sich selbst ziemlich stark ver-

letzt; doch ist sie im Hospitale und wird vielleicht erst am Galgen sterben. Warum sie dies gethan, weiß Niemand, da sie noch nicht zu reden vermag; man meint, sie sei durch drückende Geldverhältnisse dazu veranlaßt worden. Es ist eine Frau von Bildung, früher ging es ihr besser, zuletzt hatte sie einen Tabacksladen. Auf dem Tische lag die Bibel geöffnet und der Hamlet. — Ein Frauenzimmer in London hatte ein dreijähriges Mädchen gestohlen und ward zu sieben Jahren Deportirung verurtheilt.

Ich habe Ihnen hier ein Abriß dessen zu geben versucht, was die Zeitungen Deutschlands verschweigen. Es ist gewiß noch manches passirt, was verborgen bleibt; aber — ex ungue leonem! Und wenn gegen diesen Löwen sich der Chartismus erhebt, und das zweischneidige Flammenschwert schmiedet: darf uns das wundern? Wahrlich, diejenigen sind sehr kleinlich, die in den Chartisten nur Kartenspieler sehen wollen.

(**Brüssel,** 18. Novbr.) Die politische Atmosphäre, die vor dem 8. Juni so dumpf und schwer auf Belgien lastete, ist seitdem — mit Eintritt des neuen Ministeriums — in eine heilsame Bewegung gerathen. Der erste Niederschlag, der aus den entgegengesetzten politischen Luftströmungen erfolgt, schied eine bedeutende Giftmasse der Jesuiterei, des Pfaffenthums und des rücklings marschirenden „Fortschritts" zu Nutz und Frommen des ganzen Landes aus. Doch blieb noch genug übrig, um bald eine zweite Luftreinigung nöthig zu machen. Sollte sie auch diesen Winter noch nicht stattfinden, so wird sie doch während desselben nach allen Seiten hin vorbereitet werden.

Die Thätigkeit der beiden gesetzgebenden Körperschaften hat am 9. d. Mts. begonnen. An diesem Tage wurden die Kammern mit einer Thronrede eröffnet, die, wie es bei solchen gewöhnlich der Fall ist, in möglichster Allgemeinheit und Unbestimmtheit, eine Menge Sachen berührte, doch in dem einen Punkte — dem Geldpunkte, dem Ueberschusse der Ausgaben über die Einnahmen — sehr klar und unzweideutig lautete. In dieser Beziehung gleichen sich die Thronreden fast aller Himmelsgegenden, die christlichen und unchristlichen, die geschwächten und ungeschwächten, wie ein Ei dem Andern. Auffallend an der belgischen Thronrede war diesmal ihr Schweigen über den „wachsenden Wohlstand" — la prosperité croissante —; letztere glänzte eben durch ihre Abwesenheit.

Die ersten Wahlen in der Repräsentantenkammer haben gezeigt, daß die Liberalen eine entschiedene und größere Majorität besitzen, als früher das katholische Ministerium und seine Partei. Liedts wurde zum Präsidenten, Verhaegen und Delfosse zu Vicepräsidenten ernannt. Die doktrinären Liberalen sind somit Hahn im Korbe. Lange werden sie es nicht sein. Denn die radikale Partei, obgleich noch klein an Zahl in der Kammer, wird außerhalb derselben täglich stärker. Sie wird und muß den doktrinären Liberalismus, die aschgraue Freisinnigkeit, die ergötzliche „rechte Mitte" in kurzer Zeit überwältigen. Das ist der Lauf der Dinge und es wird ein um so schnellerer Lauf sein, je mehr in benachbarten Ländern die Bewegung auf das nämliche Ziel losgeht.

Die katholische oder pfäffisch-aristokratische Partei, die seit 1830 mit wenigen Unterbrechungen über Belgien geherrscht hat, ist zwar nicht todt, aber sie liegt auf dem Siechbette. Von dem Schlagfluß, der sie am 8. Juni betroffen, kann und wird sie sich nie mehr zu früherer Macht erheben. Wie es mit dieser Partei gegenwärtig steht, läßt sich aus folgendem entnehmen:

Vorgestern begann in der Repräsentantenkammer die Diskussion über die Antwort auf die Thronrede. Was that die katholische Partei? Griff sie das neue Ministerium, seine Grundsätze, seine Handlungen, die von ihm angekündigten Maaßregeln an? Suchte sie die verderblichen Folgen einer liberalen Verwaltung für das Land nachzuweisen, eine Abstimmung hervorzurufen und sich mit den Gegnern zu messen? Bewahre der Himmel! Hr. de Theux, der vorige Premierminister, erklärte im Namen seiner Partei, daß er zwar die Politik des Kabinets nicht billige, daß er aber nebst seinen Anhängern auf keine Diskussion eingehen wolle. Wer so spricht und handelt, fühlt seinen politischen Tod herannahen. Im Senat, der sonst so fest zusammengewachsen mit den heiligen und „ewigen" Grundsätzen des katholischen Ministeriums auftrat, kaum hier und da eine leise, perfide, auf Eiern tretende Opposition gegen den Adreßentwurf. So sieht's mit der katholischen Partei auf der Tribüne und in den Kammern aus. In einigen ihrer Journale bramarbasirt sie wohl ein wenig und läßt nebenbei ihr ganzes Geschütz der Lüge und Falschheit, der Verdrehung und Aufregung fortspielen: doch ohne Erfolg. Ich spreche hier bloß von der politischen Macht im engeren Sinne; im bürgerlichen Leben dauert natürlich der bisherige Einfluß der katholischen Partei fort. Das Pfaffenthum ist zu fest gegründet auf die Dummheit der Massen, als daß es mit so oberflächlichen Veränderungen in Bezug auf Ministerium und Kammern schon beseitigt wäre. Die Hauptsache ist, daß das Pfaffenthum nicht mehr, wie bisher, die gesammte Staatsmacht zu seiner beliebigen Verfügung hat. Die ängstliche Vorsicht des jetzigen Ministeriums Rogier hatte immer noch 3 entschieden jesuitische oder klerikale Provinzial-Gouverneurs im Amte gelassen. Einen davon, den Hrn. d'Huart, Gouverneur der Provinz Namur, hat es nun doch absetzen müssen, weil er mit der Zunge für das liberale Ministerium war, mit der That aber für die gestürzte Partei fortwirkte.

Während die Klerikalen bergab rollen, organisirt sich die demokratische Partei. Sie verstärkt täglich ihre Reihen, schließt sich fester und fester zusammen und bereitet sich durch kleine Scharmützel vor, um die Verschanzungen der Konservativen, mögen sich letztere klerikal oder liberal nennen, mit Sturm zu erobern.

Man hat es den Belgiern oft vorgeworfen, daß sie trotz ihrer großen politischen Freiheiten doch keine eigentlich demokratische Partei bis jetzt zu Stande gebracht hätten. Dabei wird aber vergessen, daß es sich vor allen Dingen um den Sturz der eben so mittelalterlichen als modernen Pfaffen- und Aristokraten-Partei handelte, daß es dazu der Kräfte aller Schattirungen des Liberalismus, von dem froschartigen des Hrn. Liedts und dem der politischen Eidechsen, des Hrn. Pirmez und Konsorten, des biedermännischen Hrn. Verhaegen & Comp. bis zum tief einschneidenden

Demokraten Hrn. Castiau bedurfte. Jetzt nach Erringung des vorläufigen Sieges kämpft die Volkspartei unter selbstständigem Banner und für ihr eigenes nächstes Interesse. Dieser Einsicht ist es zu verdanken, daß im Laufe dieses Monats der Grundstein zu einer großen demokratischen Gesellschaft — „Association démocratique“ hier in Brüssel gelegt worden ist. In zwei Generalversammlungen hat sich dieser Verein konstituirt. Demokraten verschiedener Länder nehmen Theil: Polen und Deutsche, Belgier und Franzosen. Die beiden Versammlungen fanden resp. am 7. und 15. Novbr. statt. An letzterem Tage wurde die Wahl des Komités oder Vorstandes vorgenommen. Hr. Jottrand, seit Jahren als eifriger Demokrat bekannt, ward zum Präsidenten, Imbert (Franzose) und Karl Marx zu Vicepräsidenten, der Advokat Picard (Wallone) zum Sekretär und Funk zum Kassirer ernannt. Außerdem erwählte man 4 Dollmetscher, unter denen Lelewel. Zur Gründung des Vereins waren Abgeordnete aus Gent, Lüttich, Mons und andern Städten Belgiens erschienen. Die Mitgliederzahl übersteigt bereits 150. In bunter Reihe standen und saßen nebeneinander: Arbeiter in Blousen, Kaufleute, Advokaten, Handwerksmeister, Professoren, Künstler rc. Gegenwärtig organisiren sich Zweigvereine an mehren Orten Belgiens. Der unerschütterliche energische General Mellinet wurde durch Akklamation zum Ehrenpräsidenten erwählt.

Das doktrinäre Ministerium Rogier wird natürlich diesen demokratischen Verein mit wenig günstigem Auge anblicken; das verschlägt dem Verein aber gerade so viel, als wenn ihm das Mißfallen des chinesischen Kaisers zu Theil würde. Denn in Belgien, wo unbeschränkte Assoziationsfreiheit besteht, können sich sämmtliche Mitglieder der Regierung über das Zustandekommen eines Vereins gelb und blau ärgern — aber weiter geht auch ihre Macht nicht. Das ist eben das Hübsche bei der landesgesetzlich garantirten Assoziationsfreiheit! —

(Hamm, im November.) (Ad Nro. 311 der „Trierschen Zeitung“ Paris, 3. November.) Es stand zu erwarten, daß die Kritik der „sozialen Bewegung in Frankreich und Belgien,“ welche den Hrn. Dr. Karl Grün als einen gewöhnlichen Plagiarius enthüllt, nicht ohne Erwiderung bleiben würde, und ebenso sicher konnte man voraussehen, daß der „Trierschen Zeitung“ die Ehre angethan würde, als Organ dieser Replik zu dienen. — Doch, in welcher Weise sollte dieselbe abgefaßt werden? Hrn. Marx, den Verfasser jener Kritik, der Unwahrheit zu zeihen, ihm Unrichtigkeiten nachzuweisen, das möchte wohl etwas schwer geworden sein, da derselbe ja Hrn. Grün durch sein ganzes Buch hindurch mit den Originalstellen sowohl derjenigen Autoren, welche er so verächtlich in den Dreck trat, während er sie doch zugleich abschrieb, als den Quellen, aus denen er zu schöpfen vorgibt, begleitet. An Widerlegung war also nicht zu denken, und schweigen war ebenso unmöglich: Herrn Grün's ganzer Ruf stand auf dem Spiele, und eine neue Kränkung hatte derselbe noch erfahren durch die scharfe und gründliche Kritik, der Marx in seiner „Misère de la

Philosophie“ *) das neueste Werk Proudhon's unterwirft, dessen Nachbeter und Nachtreter Hr. Grün geworden, nachdem er vorher, „gewissermaaßen der Privatdozent desselben“ gewesen war. — Was schadet's? Schmähungen des Gegners thun oft denselben Dienst, einige hochtrabende Redensarten, mit Keckheit ausgestreutes Selbstlob täuschen das Publikum, und zuletzt appellirt man noch an die Kommunistenfurcht des Philisters, zu dem Hr. Grün als reuiger Sünder wieder zurückkehrt, nachdem er so plötzlich den Kommunismus überwunden. Auf diese Weise kann es in Deutschland immer noch gelingen, wieder einen kontribuirenden Leserkreis um sich zu versammeln. Solchen Motiven entspricht ganz der Artikel, welchen die „Trier'sche Zeitung“ in ihrer Nro. 311 aus „Paris“ veröffentlicht. — So nothwendig die Anonymität der Presse und namentlich der Tagespresse trotz aller Anträge des Hrn. v. Vincke auch ist, so daß namentlich diese ohne dieselbe gar nicht einmal würde bestehen können, so muß es doch stets eine sehr niedrige Gesinnung verrathen, will man sich hinter ihr verstecken, um ungestraft Schmähartikel gegen andere, wie den obengenannten, und Lobartikel auf sich selbst in die Welt zu schicken. Hier den Schleier der Anonymität zu lüften halte ich für Verdienst, und ich will wenigstens das meinige dazu beitragen. Was den Styl jenes Artikels betrifft, so ist er ganz der des jetzt nur noch höchst selten erscheinenden Pariser Zwei-Scheeren-Korrespondenten der „Köln. Zeitung,“ derselbe wie in den 1845 mit V Paris, 1846 *** Paris und in den meisten früher und jetzt * Trier datirten Artikeln der „Trierschen Zeitung;“ es ist der Styl des Hrn. Dr. Karl Grün selbst, der stets und überall an seiner belletristischen Ueberschwenglichkeit und seinem hohlen Phrasengeklingel wiederzuerkennen ist. Auch bin ich lange genug bei der Redaktion der „Trierschen Zeitung“ betheiligt gewesen, um zu wissen, daß der Aufenthaltsort des Hrn. Grün durchaus nicht maaßgebend ist für das Datum seiner Artikel: Hr. Grün schreibt aus allen Weltgegenden, und nicht selten kam es vor, daß er fast allein die halbe Zeitung füllte. Ich für mein Theil habe daher die feste Ueberzeugung, daß jener „Pariser“ Artikel Hrn. Grün selbst zum Verfasser hat. Es gehört auch in der That seine ganze Keckheit dazu, um mich keines andern Wortes zu bedienen, jenes Plagiat auch jetzt noch als ein Werk zu bezeichnen, „das seiner eigenthümlichen (!) Frische und scharfen Kritik (!!!) der französischen Sozialsysteme wegen die größte und fast allgemeine (?) Anerkennung fand,“ und endlich gar dem Hrn. Dr. Marx „das Recht“ abzusprechen, sein Buch zu kritisiren, nachdem er uns von ihm erzählt hat, „daß er unter den deutschen Kommunisten eined er komischesttten Figuren bilde,“ daß er „trotz aller Warnungen (!), die ihm auch schon in diesen Blättern (der „Trierschen Ztg.“ durch Hrn. Dr. Karl Grün) zu Theil wurden, rüstig fortfahre, das Publikum zu erheitern.“ Die Bekanntschaft mit Heine und der „vertraute Ideentausch mit Proudhon“ müssen natürlich wieder herhalten, um Hrn. Grün in's rechte Licht zu stellen, und einige perfide Andeutungen von „Menschlichkeiten, die Andere nicht so gut wissen könnten, als er,“

---

*) Wir verweisen deßhalb auf den Aufsatz im Januarheft 1848, in welchem das Verhältniß Marx' zu Proudhon ausführlich geschildert wird. Die Red.

bilden den Schluß, indem er zugleich den Korrespondenten vom untern Main, „vor den kommunistischen Interpretationen" warnt. — Die Kritik, welche Marx dem Buche des Hrn. Grün angedeihen ließ, zu widerlegen, darauf läßt sich der angeführte Artikel nicht ein; es ist auch viel leichter, einige Phrasen zusammen zu würfeln, als auf bestimmte wohl begründete Einwürfe Rede zu stehen. Der einzige Vorwurf, der einige Berücksichtigung verdient, ist der, daß die Kritik des Hrn. Marx so spät erschien. Geschrieben war sie schon längst; daß sie nicht schon früher an einem andern Orte erschien, war nicht die Schuld des Verfassers, sondern der Verhältnisse; jedenfalls hat die Kritik durch die Verspätung Nichts von ihrer Wahrheit eingebüßt. Es würde ohne Zweifel Hrn. Grün vorbehalten gewesen sein, sowohl im „Kommunismus, wie in jeder anderen Zeitlehre mit der Lächerlichkeit zu endigen, sobald man begann, ihm auf den Grund zu sehen," hätte er sich freier zu halten gewußt von Beimischungen, welche zu sehr indigniren, als daß sie bloß komisch wirken könnten.

J. Weydemeyer.

(Rheda im November.) Aus Detmold geht uns eine Zuschrift in Betreff des im Septemberheft enthaltenen Artikels über den durch Offiziere veranlaßten Austritt des Fourier Tölcke aus einer Schießgesellschaft zu. Diese Zuschrift behaubtet zwar, jener Bericht enthalte „grobe Unwahrheiten;" es ist mir aber nicht gelungen, dieselben aufzufinden. Denn die Zuschrift sagt selbst: „Obgleich die Eröffnung des Offiziers (daß er nach Zutritt des Fouriers nebst den andern Offizieren nicht mehr an der Gesellschaft Theil nehmen könne) den Dr. jur. Meyer in nicht geringes Erstaunen versetzte, so hielt er es doch, da die Existenz der von ihm gebildeten Gesellschaft auf dem Spiele stand und da dem rc. Tölcke Unannehmlichkeiten hätten erwachsen können, für angemessen, den T. durch seinen Vater auf die artigste Weise zum Austritt auffordern zu lassen." Das ist der Kern der Sache; Hr. Dr. Meyer machte sich wirklich zum Organ des Kastengeistes, wenn er auch darüber erstaunte; er fügte sich lieber dieser Forderung des Kastengeistes, als daß er die Existenz seiner Gesellschaft auf das Spiel setzte; er schlug dem Vater des T. nur als Ausweg vor, so viel neue Mitglieder herbeizuschaffen, daß sich die Gesellschaft auch ohne die Offiziere halten könnte.

Außerdem nennt die Zuschrift die Bemerkung des Artikels, daß der Fourier meist den eingesetzten Preis errungen habe, eine „hämische" und erzählt, Hr. T. habe zwar sehr gut geschossen, jener Offizier aber noch besser.

Jetzt haben wir beide Theile gehört; der Leser wird sich sein Urtheil bilden können.

Die Redaktion.

Weltbegebenheiten.

1—25. November.

Wir haben bereits im vorigen Hefte unsere Entrüstung über die Berliner Korrespondenz der liberalen „Deutschen Zeitung" ausgesprochen, welche außer sich ist vor Entsetzen über die preußische Amnestie wegen der Verbrechen aus Noth, welche gerade für Zeiten der Noth eiserne Aufrechthaltung der Eigenthumsgesetze fordert, damit der Nothleidende nicht etwa ein Recht, sich zu erheben, zu haben vermeine. Dieser Artikel des Organs des vornehmen Konstitutionalismus, welcher für Versammlungen von Notablen, fern vom Getriebe des unwissenden, nicht staatsklugen Volkes schwärmt, ist von der deutschen Presse mit allgemeiner Indignation zurückgewiesen. Waren die Demokraten von edlem Zorne über diese Herzlosigkeit entbrannt, so schwitzten die „gemäßigten" Liberalen vor Bosheit über den dummen Streich der „Deutsch. Ztg.," welche sich durch diesen Artikel so offen in die Karten sehen ließ. Aber auch die absolutistische Presse, der „Rhein. Beob." und die „Allg. Preuß. Ztg.," hat den berüchtigten Artikel als eine Waffe gegen die Bestrebungen des Liberalismus ausgebeutet und versucht, das Volk von diesen Bestrebungen abzuleiten und es zum Bundesgenossen des Absolutismus gegen die liberale Bourgeoisie zu machen. Die „Allg. Preuß. Ztg." fließt plötzlich über von Zärtlichkeit und Bewunderung für das Proletariat, welches sie sonst mit ihren hoffähigen Händen nicht anrühren mochte; sie zürnt der „Deutsch. Ztg." gewaltig, daß sie, welche so oft vom Volk spricht, den lieben Proletariern zu nahe treten will. „Sind die Proletarier andere Menschen, als die Redakteure der „Deutschen Ztg.?" Herr Hofrath und Professor Gervinus soll kein anderer Mensch sein, als ein Proletarier! Die „Allg. Preuß. Ztg." ist wüthend über die „Feigheit" der „Deutsch. Ztg.," über die „Brutalität des Mammons," welche sich in jenen Zeilen ausspricht und welche die Rechte des Volkes schwer beeinträchtigt. „Entweder heuchelt die „Deutsch. Ztg.," wenn sie vom Volke spricht, sagt die „Allg. Pr. Ztg.," oder sie versteht unter Volk nur die Monopolisten des Mammons und allenfalls der Intelligenz." So überraschend uns auch die urplötzlich hervorbrechende Schwärmerei der „Allg. Pr. Ztg." für die „Rechte des Volkes" ist, so müssen wir doch gestehen, daß sie in diesem Satze den Nagel auf den Kopf getroffen hat. Aber passen wir auf; „fürchtet die Danaer, auch wenn sie Geschenke bringen;" die Kralle sieht gewiß bald aus dem Sammetpfötchen hervor. Richtig! die Nutzanwendung ist ein Loblied auf den Absolutismus. „Also, schließt die „Allg. Pr. Ztg." ihren Kreuzzug für das Proletariat, also wird man einsehen, daß die Gewalt der Regierung, wie die „Allg. Pr. Ztg." stets behaubtete, groß und umfassend (d. h. absolut) sein muß, damit sie den armen Teufeln Schutz gegen die Brutalität des Mammons gewähren kann." Das also ist des Pudels Kern! Aber die „Allg. Pr. Ztg." irrt sich sehr, wenn sie glaubt, mit einem so plumpen Köder die Demokratie zu fangen. „Man" sieht eben nicht ein, daß gegen die „Brutalitäten des Mam-

mon" nur der Absolutismus schützen kann; „man" sieht vielmehr ein, daß das Volk sich gegen „die Monopolisten des Mammon und allenfalls der Intelligenz" am besten selbst schützt und zwar durch ausgedehnte politische Rechte, durch allgemeines Stimmrecht, Preßfreiheit 2c. 2c. Die Demokratie weis't also die Bundesgenossenschaft der Absolutisten und der „Allg. Pr. Ztg." entschieden zurück; sie wird sich nicht zum Werkzeuge gegen den doktrinären Liberalismus gebrauchen lassen, sie wird vielmehr mit demselben zusammen gehen, so lange noch politische Rechte zu erringen sind, welche die Demokratie und der doktrinäre Liberalismus gemeinschaftlich wollen; erst mit der Anerkennung dieser Rechte beginnt der Kampf zwischen der Demokratie und der liberalen Bourgeoisie. Dieses Zusammengehen hindert die Demokratie aber nicht, solche Artikel, wie den erwähnten, abscheulich zu finden. Sie sieht in der Vertheidigung, durch welche die Redaktion der „Deutsch. Ztg." in Nr. 140 die aller Orten sich erneuernden Angriffe abzuschlagen sucht, den schlecht verhehlten Aerger, welchen Hr. Gervinus über die Aufnahme jenes Artikels empfindet, deutlich durchschimmern; dieser dumme Streich mußte den staatsklugen Hofrath gewaltig wurmen. Der Versuch, sich durch eine sophistische Dialektik aus der Schlinge zu ziehen, ist vollständig gescheitert; wir glauben, daß die Redaktion die Angriffe „lieber ignorirt hätte." Die Phrase von einer „unwürdigen" Befehdung, welche von den radikalen Blättern auf den „Rhein. Beob." übergegangen sei, ist eben so hohl und bombastisch, als die andere: „So wenig wir dem Königthum, dem Adel, dem Bürgerthum geschmeichelt haben, so wenig wollen wir es dem Proletariat!" Wer verlangt das? Ist der der Schmeichelei verdächtig, welcher das Proletariat nicht auf so brutale Weise niedergehalten sehen will, als jener Artikel der „Deutschen Ztg.?" Die „Deutsche Ztg." hat Recht, wenn sie sich über die Perfidie der absolutistischen Journale beklagt, welche plötzlich Sympathien für die Demokratie affektiren, um diese gegen die Bourgeoisie zu hetzen und die Kastanien für den Absolutismus aus dem Feuer zu holen. Aber, wenn die „Deutsche Ztg." sich plötzlich in eine künstliche Extase setzt, um die Schwäche ihrer Beweisführung zu verdecken, und pathetisch ausruft: „Fern sei von uns das schmähliche Liebäugeln mit dem armen Haufen, mit dem sich der Radikalismus oben und unten Popularität zu erwerben sucht! Fern von uns diese niedrigste aller Feigheiten, aus Haß gegen den Einen ohne Herz und Aufrichtigkeit den Bund mit einem Anderen zu schließen, wie der Absolutismus mit dem Proletariat und der Kommunismus mit der Despotie zu thun bereit scheint!" — so ist das nicht minder perfide, als das Gebahren der absolutistischen Blätter. Die „Deutsche Ztg." weiß sehr wohl, daß der Radikalismus nicht daran denkt, sich nach oben Popularität zu verschaffen und daß er, wenn er sie unten findet, das nicht seinem „Liebäugeln," sondern seinem ernsten und aufrichtigen Streben für das geistige und materielle Wohl des Volkes verdankt. Wenn die „Deutsche Ztg." sich aber gar anstellt, als glaube sie an die alberne Behauptung, der Kommunismus, die revolutionärste aller revolutionären Parteien, könne sich je mit dem Absolutismus und der Despotie verbinden, so weiß man nicht, ob man das als einen an dem hochgelehrten Professor-Redakteur sehr verwunderlichen Mangel an Einsicht beklagen, oder als eine perfide Verläum-

dung brandmarken soll. Die „Deutsche Ztg." mag hieraus sehen, daß die Demokratie sie kennt. Diese will „aufrichtig" mit dem Liberalismus gehen, so lange beide gemeinschaftliche Forderungen haben; aber sie ist auch „aufrichtig" genug, die Engherzigkeit des doktrinären Liberalismus nicht gutzuheißen, sondern sie stets, nach jedem neuen Siege heftiger, zu befehden. —

Preußen. Die Adresse der 40 kurbrandenburgischen Bauern, deren Existenz ich wenigstens den Lesern mittheilte, wenn ich ihnen auch den Wortlaut derselben nicht mittheilen konnte, beschäftigt die dortigen Behörden noch immer sehr. Die reaktionären Zeitungen verbreiteten allerlei persönliche Verdächtigungen gegen den Hrn. v. Holtzendorff-Vietsmanndorf, welcher in früher Jugend bei einem Jagdfrevel seinen Kutscher zu einer falschen Aussage verleitet haben soll; aber so weit ist das politische Bewußtsein doch erwacht, daß man seine Zustimmung zu irgend einer politischen Aktion nicht von der Persönlichkeit der sich daran Mitbetheiligenden abhängig macht; man hält sich an die Sache und nicht an die Person. Dieselben Zeitungen verbreiteten auch das Gerücht, es solle gegen jene Bauern eine Untersuchung wegen Majestätsbeleidigung anhängig gemacht werden. So unglaublich das auch klingt, so hat es doch an manchen Orten Glauben gefunden. Die Banern sind auch wirklich von dem Landrath des Kreises vernommen. Wie es heißt, sollen sich einige derselben wirklich durch jenes Gerücht von einer Untersuchung zu der Erklärung haben bestimmen lassen, sie hätten nicht genau gewußt, was eigentlich in der Adresse gestanden habe. Der Inhalt der Adresse wird aber nicht verwischt, wenn sich die Unterzeichner auch furchtsam und inkonsequent zeigen. — Die Suspension des ostpreußischen Abg. Landrath v. Bardeleben soll nahe bevorstehen; seine Antwort auf die Frage, ob er die Patente vom 3. Febr. für rechtsbeständig halte, die wir im vorigen Hefte mittheilten, scheint dieselbe eher beschleunigt als abgewendet zu haben. Von weiteren Schritten gegen die westphälischen Beamten-Deputirten (Vincke, Bochum-Dolffs) verlautet noch Nichts. Hr. v. Vincke hat aber kürzlich einige Angriffe in der „Köln. Ztg." auf die Lippe-Schiffahrts-Kommission mit einigen „amtlichen Berichtigungen" in einem so empfindlichen und hochfahrenden Tone beantwortet, wie ihn der empfindlichste und hochfahrendste Bureaukrat dem beschränkten Unterthanenverstande gegenüber nicht besser hätte anstimmen können. Hr. v. Vincke hat seine seltsamen Ansichten über die Presse schon am Landtage (im Bunde mit Hrn. v. Thadden!!) kundgethan; er möge aber nicht vergessen, daß er seine Lorbeeren nur als Kämpfer für die Rechte, für die Selbstthätigkeit des Volkes errungen hat. Will er andere Bahnen einschlagen, so wird er bald bei Seite geschoben sein; die öffentliche Meinung ist rücksichtslos und vergißt geleistete Dienste leicht; wer nicht mit ihr ist, der ist wider sie. — Der Abg. Berger in Bommern (Westphalen) hat gegen den Pfarrer Zahn, den Verfasser der kondolirenden Loyalitäts-Adresse, welche die Synode zu Unna unternahm (S. Augustheft), eine Klage wegen Beleidigung erhoben, welche vom Gericht auch angenommen ist. — Biedermann's Geschichte des Vereinigten Landtages, in welcher er hauptsächlich die Vorgänge hinter den Koulissen beleuchtet, wie sie z. B. den Ausschußwahlen vorangingen, ist in Preußen und Sachsen mit Be-

schlag belegt. Ebenso ein neues Buch von Bettina v. Arnim, durch dessen Erlös sie dem Professor Hoffmann v. Fallersleben seine werthvolle Bibliothek zu erhalten hoffte. — Da wir einmal von der Presse reden, so bemerke ich, daß ich im vorigen Hefte den Preis des „Deutsch. Zuschauers" irrthümlich zu 10 Thlr. 20 Sgr. angegeben habe; er kostet vielmehr durch die Post bezogen nur 5 Thlr. 10 Sgr. —

Der Centralverein zur Abhülfe der Noth der arbeitenden Klassen, der seiner Zeit mit so viel Emphase in's Leben trat und in den Provinzen so schöne Hoffnungen erregte, Hoffnungen, die sich nur zu bald als Illusionen erwiesen, hat trotz seines zeitherigen kümmerlichen Vegetirens sich noch immer nicht zu einem freiwilligen Tode entschließen können. Obgleich der ebenso sanfte, als wortreiche Hr. Theodor Wöniger ihm die Pistole auf die Brust zu setzen drohte, um ihn zur Annahme der Abdankungen des bisherigen Vorstandes resp. zur Auflösung zu zwingen, so hat der Centralverein sich doch nicht dazu entschließen wollen — trotz Hrn. Theodor Wöniger's Pistolen. Der abtretende Vorstand soll vielmehr, wie es die Statuten vorschreiben, seine Nachfolger erwählen und dann wird man fortfahren, auf die Bestätigung der Regierung zu harren. Daß unter solchen Umständen ein vernünftiger Mensch sich noch irgend einen Erfolg versprechen kann, das gehört eben zu den unbegreiflichen deutschen Illusionen. Von den 15,000 Thlrn., welche der König Anfangs dem Vereine überwies, hört man Nichts mehr. Dagegen ist ein anderes, anscheinend endloses Werk vorläufig zu Ende gebracht; der Polenprozeß hat die erste Instanz durchlaufen, die Verhandlungen sind geschlossen — nur die Urtheile sind noch zu erwarten. Die letzte s. g. kommunistische Gruppe der Angeklagten fachte namentlich durch die imposante Persönlichkeit des Mühlenwerkmeisters Eßmann das schon erloschene Interesse des Publikums nochmals mächtig an. Viele Angeklagte dieser Gruppe wurden sofort in Freiheit gesetzt, weil der Staatsanwalt die Klage nicht zu begründen vermochte; es ist nur merkwürdig, daß nicht schon die lange Voruntersuchung die Grundlosigkeit der Beschuldigungen darthat, wodurch den Angeklagten die lange Haft erspart wäre. Sollte das Gericht Todesurtheile fällen, so glaube ich, daß sie nicht bestätigt werden; ich hoffe aber, daß die Justiz selbst kein Blut fordern wird. Dieser welthistorische Augenblick, wo Preußen die Polen durch schonende Beurtheilung ihrer nationalen Sympathien gewinnen und das noch immer nagende Gefühl der Theilung bei ihnen verwischen kann, kommt niemals so günstig wieder. Und kürzlich wurde 6 polnischen Bauern im Regierungsbezirk Bromberg, welche die Bestrebungen ihrer Brüder zur Herstellung der Nationalität denunzirt hatten, das allgemeine Ehrenzeichen verliehen und Haus und Hof als Geschenk unter religiösen Feierlichkeiten übergeben!

Nirgends verfährt die Regierung konsequenter, als in den religiösen Angelegenheiten. Der König hat den Anhängern Uhlich's in Magdeburg erklärt, die erbetene Weglassung des s. g. apostolischen Bekenntnisses bei Taufe und Konfirmation sei eine reine Unmöglichkeit, weil darauf die Grundwahrheiten und Heilslehren des Christenthums beruhten. Darauf sind die Anhänger Uhlich's, namentlich die aus den untern Schichten der

Gesellschaft massenweise aus der Landeskirche ausgetreten. Ich wollte schon im vorigen Hefte den Lesern den Inhalt der Worte des Königs näher angeben; es wurde mir aber nicht gestattet, obgleich derselbe die Magdeburger Deputation beauftragt hatte, seine Worte allen ihren Mitbürgern mitzutheilen. — Das Kultusministerium hat eine schärfere Glaubenskontrole für die Kandidaten der Theologie angeordnet, bei denen man künftig den Glauben weit über das Wissen setzen zu wollen scheint. — Das Kultusministerium hat dem Gesetze, durch welches die Dissidenten von öffentlichen Lehranstalten ausgeschlossen werden, noch die Bestimmung hinzugefügt, daß Personen, deren religiöse Grundsätze keine sicheren Bürgschaften darbieten, nicht die Erlaubniß zur Ertheilung von Privatunterricht erhalten sollen. Worin diese „Bürgschaften" bestehen sollen, ist nicht gesagt; die Regierungen sollen darüber entscheiden, ob sie vorhanden sind, oder nicht. — Das Kultusministerium hat endlich, wie es schon früher die Prediger Rupp und Detroit verhinderte, an einer Töchterschule Religionsunterricht zu ertheilen, den Rektor Sauter zu Königsberg suspendirt, weil er „nach den Mittheilungen öffentlicher Blätter" noch freiere Ansichten habe, als die freie Gemeinde und nur deßhalb von ihr zurückgetreten sei. Die Angriffe gegen Sauter waren im Königsberger „Freimüthigen" enthalten, einem schmutzigen reaktionären Winkelblatte. Die Stadtverordneten von Königsberg haben deßhalb auch beschlossen, Hrn. Sauter als einem durchaus ehrenhaften Manne und geachtetem Lehrer vorläufig troß der Suspension sein volles Gehalt zu lassen. — Unter solchen Umständen stellen sich die Gegensätze natürlich immer schroffer einander gegenüber. Auf der einen Seite genirt sich der weiland liberale Hr. von Florencourt, welcher die Vierteljahrsschrift des ebenfalls liberalen Hrn. O. Wigand zuletzt fast allein füllte, nicht im Mindesten, im „Volksblatt" des Pfarrers v. Tippelskirch den Durchbruch der Gnade in ihm selber zu melden. Auf der andern Seite erläßt die „freie Gemeinde" von Wislicenus zu Halle, welche die spezifische Bezeichnung einer „christlichen" aufgegeben hat, an die dortige „vereinigte freie christliche Gemeinde," aus protestantischen Lichtfreunden und Deutschkatholiken bestehend, eine Adresse, welche die „Triersche Zeitung" mittheilt, der wir folgende Stellen entnehmen: „Brüder, ein Name trennt uns; aber der Name ist nicht das Wesen. Euer Name zeigt nach der Vergangenheit, wir schauen nach der Zukunft. Aber laßt euch durch unser Nichtchristenthum nicht abschrecken; haben wir auch die Vorstellungen der religiösen Welt hinter uns gelassen, so hegen wir doch die größte Achtung für den Märtyrer der Wahrheit aus Nazareth. Zur Lösung der Zeitaufgabe bedarf man nüchterner, nicht in jenseitigen Phantasien befangener Menschen; darum lehren wir das Arbeiten für einen ungewissen jenseitigen Himmel aufgeben, um das Wirken auf der gewissen Erde ruhig und tüchtig fortsetzen zu können. Wir wirken nur für die Gegenwart! ihr wollt auch aus dem Alten das Gute behalten. Aber dennoch sind wir Brüder, Mitstrebende. Wir fechten nicht für einzelne Wahrheiten, (denn dann wären es ja Dogmen, Glaubenssätze,) sondern für die Wahrheit. Wir wollen ohne Zögern und Eigennuß an dem Reiche freier, menschlicher Glückseligkeit bauen, eine That, deren Erfolg wohl dem Christenthum gleichzustellen ist. Wir sind Glieder eines

Ganzen, Brüder! Möge uns das bald vereinigen." Ich sprach schon öfter meine Ueberzeugung aus, daß die gegenwärtigen religiösen Strömungen in der freien Gemeinde des Wislicenus münden würden. —

Der Oberpräsident, Hr. Flottwell, hat dem Bielefelder Magistrate die im vorigen Hefte erwähnte Dankadresse zur Rückgabe an die Unterzeichner zugestellt, weil sie eben nicht von den Behörden ausgegangen sei, weil er sehr wohl wisse, wie solche Unterschriften zusammengebracht würden und wie sie keineswegs die Ansicht der Bürgerschaft ausdrückten, vielmehr nur die Zwietracht wieder anfachten. Nachdem die Presse die reaktionären Umtriebe der HH. Delius, Bessel und Junkermann so allseitig enthüllt hatte, konnte Hr. Flottwell die Adresse nicht füglich annehmen; jene Herren sind dadurch nur um so mehr blamirt. Aber auch den durch jene Umtriebe zur Niederlegung ihrer Aemter veranlaßten Hrn. Landtagsdeputirten R. Delius und Magistratsmitglied Johanning wird die Adresse der Breslauer wegen ihrer „Standhaftigkeit" etwas ungelegen gekommen sein; wer die Vorgänge in der Nähe gesehen hatte, dem könnte es fast gerathen scheinen, die Adresse ironisch zu nehmen. —

Sachsen. Der Herr Minister von Falkenstein hat aus Liebe zum Volke, um dessen stille Wünsche zu befriedigen, die wichtige Entdeckung gemacht, daß Preßfreiheit sehr wohl mit der Censur Hand in Hand gehen kann. Die Schriftsteller brauchen nur so zu schreiben, daß der Censor Nichts zu streichen braucht, — dann ist faktisch Preßfreiheit da und man kommt nicht in die fatale Nothwendigkeit, die Censur erst aufheben zu müssen.

Hannover. Die Polizei war eines schönen Tages in außergewöhnlicher Bewegung. In die nobelsten Häuser drangen Polizeidiener ein, so daß man fast hätte glauben sollen, die loyalsten und anständigsten Leute wären polizeilich verdächtig geworden. Dieses Unheil hat aber die Vorsehung nicht über die Residenz Hannover verhängt. Die Aufgabe der Polizei war nur eine bereits ausgegebene Nummer der „Morgenzeitung" wieder wegzunehmen, — weil darin ein Aufruf zur Subskription für Beseler, den Präsidenten der schleswig'schen Stände, enthalten war. Dieser legte bekanntlich seine Advokatur nieder, weil ihm die Regierung durch Verweigerung des Urlaubs den Eintritt in die neue Ständeversammlung unmöglich machen wollte. Die Deutschen wollen ihn nun durch Sammlung eines seine Existenz sichernden Kapitals für sein Opfer entschädigen. Auch in Hannover haben die Sammlungen guten Fortgang. —

Baiern. Wir haben bei den langen Berichten der „Deutschen Zeitung" über die Verhandlungen der baierischen Kammer zu viel Langeweile ausgestanden, als daß wir die Leser damit behelligen sollten. Wir theilen daher nur einige Züge mit, welche beweisen, daß die Kammer nicht aus dem ausgefahrenen Geleise des vulgären vertrauensvollen Liberalismus herausgeht, daß sie überall den Stempel der Halbheit an sich trägt. Daß der Postdebit künftig als ein Recht, und nicht als Gnadensache angesehen werden, daß die verfassungswidrige Nachcensur und Beschlagnahme fremder censirter Zeitschriften aufhören soll, dafür hat die Kammer keine andere Garantie, als unbestimmte Versicherungen der *jetzigen* Minister, welche für spätere nicht bindend sind. Die Kammer der Reichsräthe hat sich der

Bitte um Aufhebung der Censur für innere Angelegenheiten angeschlossen. Aus dem Antrage der Kammer: „die Nachcensur und die Entziehung des Postdebits sollen nicht mehr stattfinden," haben die Herren Reichsräthe das Wort „mehr" herausgestrichen, damit ja Niemand auf die frevelhafte Vermuthung komme, es hätte jemals in Baiern Nachcensur und willkührliche Entziehung des Postdebits stattgefunden. Außerdem zeigt Dekan Baur (und Ministerialrath Benning bestätigt die frohe Botschaft) der Kammer als einen großen Fortschritt an, daß künftig alle Beschwerden, sogar die wegen Verfassungsverletzungen, untersucht werden und nicht mehr im Archiv liegen bleiben sollen. Freue dich, Baierland, ob dieser großen Errungenschaft!

Dem Antrage des freisinnigen Hrn. v. Lerchenfeld im Ausschusse, die baldige Vorlage eines Gesetzes zur Umwandlung drückender Lasten des Grundeigenthums gegen eine dem Interesse der Berechtigten u. Verpflichteten entsprechende Entschädigungzu erwirken, treten die liberalen geistlichen Herren (Götz, Vogel) nicht bei, weil er über den in der Adresse ausgesprochenen Wunsch hinausgehe und die Ablösbarkeit hinzufüge. Auch der Pfarrer Ruland erklärt die geistlichen Bodenlasten unantastbar in Folge des Konkordats. Sie sind aber eben nicht unantastbarer, als sie es in allen übrigen Ländern waren, wo sie trotz dem beseitigt sind. Das haben die Abg. des mittelfränkischen Adels (v. Scheurl, Graf Pückler-Limpurg) wohl eingesehen. In einer Schrift, durch welche sie sich bei ihren Interessenten wegen ihres Beitritts zu dem Antrage auf die Fixirung und Ablösung geistlicher und weltlicher Bodenlasten rechtfertigen, sagen sie: „Keine Gesetzgebung kann diesem Sturme (dem Verlangen nach Ablösung) lange mehr widerstehen; wir wollen die Bewegung in der Hand behalten und ihrer Meister bleiben (d. h. sie abschwächen und verkümmern); wir wollen lieber wohlüberlegt zugestehen, als die Forderung abwarten." Das ist auch jedenfalls rathsamer und vortheilhafter.

Im Uebrigen debattirt die Kammer noch immer darüber, auf welche Weise das für die Eisenbahndebatten nöthige Geld am besten zu beschaffen sei. Ich führe aus diesen Versammlungen nur eine charakteristische Aeußerung des Finanzministers, Hrn. v. Zurhein, an. Die vorige Kammer hatte für Eisenbahnanleihen einen Zinsfuß von $3\frac{1}{2}$ pCt. festgesetzt. Die Regierung behaubtete nun das Recht zu haben, diese dreiprozentige Anleihe auch unter pari abzuschließen, wodurch selbstredend der festgesetzte Zinsfuß erhöht wird. Als man ihr dieses Recht bestritt, stellte der Finanzminister den seltsamen und gefährlichen Grundsatz auf: „in zweifelhaften Fällen sei immer zu Gunsten der Regierung zu entscheiden, weil die Verfassung ein Geschenk sei." Also die Zusicherungen der beschworenen Bundesakte, der Wille des Volkes legen der Regierung keine Verpflichtung auf, sondern die Erfüllung jener feierlichen Versprechungen ist ein Geschenk, ein Akt der Gnade.

Hessen-Darmstadt. Das Obergericht zu Darmstadt hat sich nun nach dem allgemeinen Andringen der Presse entschließen müssen, die Untersuchung wegen des Todes der Gräfin Görlitz wieder aufzunehmen; aber nicht der anfängliche Untersuchungsrichter Purgold ist mit der Führung derselben beauftragt, sondern der Kriminalrichter Hoffmann. Obgleich die

Ergebnisse der bisherigen Nachforschungen natürlich sehr geheim gehalten werden, so scheint sich doch so viel schon sicher herausgestellt zu haben, daß die unglückliche Frau ermordet (erdrosselt) ist und daß der Mörder sie nachher mit Weingeist verbrannt hat, um die Spuren des Verbrechens zu verwischen. Ein auffallender Zwischenfall ist die Verhaftung eines Bedienten des Grafen, welcher denselben angeblich hat vergiften wollen und zwar mit Grünspan, eine Substanz, die bekanntlich schon durch die Farbe sogleich erkannt wird. Diese Geschichte ist sehr zweideutig. Der Bediente, der am Todestage der Gräfin im Hause war, dessen angehörige Schmucksachen der Gräfin verkauft haben sollen, ohne daß der Graf je von dem Verschwinden derselben Notiz nahm, soll ganz wohlgemuth sein und versichern, er werde wunderbare Aufschlüsse geben. So ist also zu hoffen, daß auch dieses dunkle Verbrechen noch enthüllt werden wird und das Verdienst davon gebührt der Presse, nicht dem Gerichte. — Dem zum Deputirten erwählten Staatsrath Jaup ist der Urlaub verweigert, obgleich er nur noch pensionirter Staatsdiener ist.

Baden. Die Wahlen haben begonnen; aber wenn auch von entschiedenen Volksmännern Hecker (der seine übereilte Abdankung hoffentlich durch Annahme der Wahl wieder gut machen wird), Soiron und Kapp bereits gewählt sind, so läßt sich über den Ausgang doch noch nichts Bestimmtes sagen; die liberalen Deputirten Rindeschwender und Junghans II. sind ihren ministeriellen Mitbewerbern erlegen; auch Struve's Wahl scheint noch keineswegs gesichert zu sein. — Die Adresse, durch welche die Bürger von Mannheim der schweizerischen Tagsatzung ihre Sympathien für den Kampf gegen die Jesuiten und die Reaktion aussprechen, ist in der Schweiz mit freudiger Anerkennung aufgenommen. — Der Student Blind von Mannheim, der in Rheinbaiern wegen Verbreitung revolutionärer Flugblätter (er sollte einem Handwerksburschen ein Almosen in ein solches Blatt gewickelt zugeworfen haben, was dieser denunzirte) verhaftet war, ist entlassen, weil das Gericht keinen Grund zur Einleitung einer Untersuchung fand; für den Untersuchungsarrest wird ihn freilich Niemand entschädigen. Die mit ihm verhaftete Madame Cohen war schon früher entlassen. — Die Subskriptionen für Beseler nehmen einen guten Fortgang, obgleich die Censur auch hier die Aufforderung dazu gestrichen hatte. — In Mannheim ist der Deutschkatholik Hr. Streuber zum zweiten Bürgermeister gewählt.

Schweiz. Der erste Schlag ist geschehen. Am 4. Nov. faßte die Tagsatzung den Exekutionsbeschluß gegen den rebellischen Sonderbund. Von allen Seiten rückten die eidgenössischen Truppen in die Operationslinie ein; General Dufour hat das Vertrauen in seine strategischen Fähigkeiten glänzend gerechtfertigt. Der erste Angriff galt Freiburg; fast ohne Blutvergießen wurden nur durch geschickte Märsche alle wichtigen Positionen genommen; nur an zwei Orten kam es zum Kampfe, weil die Basellandschäftler und Waadtländer ihre stürmische Ungeduld nicht länger bemeistern konnten und die Stellungen erstürmten, die ihnen kurze Zeit nachher von selbst zugefallen wären. Schon am 14. mußte Freiburg, die Vorburg der Jesuiten, welches so prahlerisch als ein zweites Saragossa proklamirt war, sich den Eidgenossen ergeben. Die Kapitulation legt Rücktritt vom Son-

derbund, Entwaffnung, Verpflegung der eidgen. Truppen auf; alle nicht militärischen Fragen (d. h. die Jesuitenfrage) werden der Entscheidung der Tagsatzung unterworfen. Die Tagsatzung schickte 3 eidgen. Repräsentanten zur Leitung der Geschäfte. In Freiburg bildete sich eine provisorische Regierung; die politischen Akte der vorigen werden so weit sie mit ihrem politischen Systeme zusammenhängen, für nichtig erklärt, die politischen Gefangenen befreit, die Jesuiten und die zu ihnen gehörigen Orden vertrieben und die Güter aller dieser Korporationen als Staatsgut erklärt, welches für den öffentlichen Unterricht verwandt werden soll. Für die Kriegskosten werden die Gründer des Sonderbundes in Anspruch genommen; die Verfassung wird von dem neuen Gr. Rathe im demokratischen Sinne revidirt werden. Die Sieger zeigen sich großmüthig und human; nur einige fanatische Pfaffen und Landstürmer, welche nach der Kapitulation auf eidgen. Schildwachen schossen, sollen füsilirt sein. Aber auch gegen 2 Berner Bataillone, welche mit Kirchengeräth Unfug getrieben haben sollen, ist eine Untersuchung eingeleitet. Es scheint, daß man den Oberst Maillardoz, Kommandant der Freiburger Truppen, und den Altschultheiß Fournier, das ergebenste Werkzeug der Jesuiten und das zweite Haubt des Sonderbundes, absichtlich hat entschlüpfen lassen. Das Haus des Letzteren wurde von Freiburgern zerstört und wenn er dem Volke, welches jetzt sah, wohin er es geleitet hatte, in die Hände gefallen wäre, er wäre sicher todtgeschlagen.

Ebenso glücklich operirte der östliche, linke Flügel der eidgen. Armee vom Freienamte in Aargau und vom Kanton Zürich her an der Reuß entlang gegen Zug. Zwar errangen die Sonderbündler Anfangs einen kleinen Vortheil, indem sie durch Nebel und Verrath begünstigt eine Kompagnie Züricher in Dietwyl gefangen nahmen. Aber alle ihre Ausfälle wurden glänzend zurückgeschlagen; das Haubtgefecht finden unsere Leser in der Korrespondenz aus der Schweiz von einem Augenzeugen geschildert. Dadurch entmuthigt ist auch der Kanton Zug vom Sonderbunde zurückgetreten und hat unter denselben Bedingungen wie Freiburg kapitulirt. Die eidgen. Truppen sind in Zug eingerückt und es heißt, die Division Gmür soll, während die Hauptarmee auf Luzern zieht, über die Schindellegi in den Kanton Schwyz einbrechen. Das ist aber eine gefährliche Passage, wo die Franzosen 1798 gegen 8000 Mann verloren haben. Man wird sich also wohl auf Bewachung der Gränze beschränken, bis Luzern gefallen ist.

Nur gegen Tessin haben die Sonderbündler einige Vortheile errungen. Sie waren den Eidgenossen in der Besetzung des St. Gotthards zuvorgekommen und die Urner und Walliser haben von dort herab die nicht sehr kriegerischen Tessiner aus Airolo vertrieben. Doch haben diese bei Bellinzona wieder Posto gefaßt und hoffen den Feind wieder zurückzuwerfen, namentlich wenn die bereits auf dem Wege begriffenen Graubündtner noch zur rechten Zeit eintreffen. Jedenfalls ist dieser Punkt unwichtiger.

Die Haubtmacht der Eidgenossen ist unterdessen von 3 Punkten her in den Kanton Luzern eingedrungen, fast ganz auf demselben Wege, den die Freischaaren unter Ochsenbein nahmen. Vor der Haubtstadt werden sich die verschiedenen Kolonnen vereinigen. Schon sind Willisau und Sur-

see besetzt; dort am Sempacher See haben sich die Sonderbündler vergebens zur Wehre gesetzt. Auch Ochsenbein, der jetzt bei der Avantgarde zu sein scheint, soll einen glänzenden Kampf bestanden haben und mit seiner Division auf dem Marsche nach Emmen, $1\frac{1}{2}$ Stunde von Luzern, begriffen sein; ihm gebührt auch der gefährlichste und ehrenvollste Posten bei dieser Expedition. Ist die ganze Macht einmal vor Luzern vereinigt, so wird die Stadt es so wenig auf einen Sturm ankommen lassen, wie Freiburg. Aber bis dahin kann noch mancher wackere Mann hingestreckt werden. Die Sonderbündler werden bei den vielen günstigen Stellungen gewiß eine Schlacht wagen; sie müssen es schon wegen ihrer fürchterlichen Prahlereien. Zudem ist Hr. von Salis-Soglio wirklich ein verwegener Kriegsknecht und er, wie seine Patrone Siegwart-Müller, Bernhard Meyer rc. büßen bei einer Kapitulation ihre ganze Stellung gerade so gut ein, als bei der blutigsten Niederlage. Sie lassen es also auf's Aeußerste ankommen und werden sich schon zur rechten Zeit salviren, wie die HH. Maillardoz und Fournier. —

Der französische Gesandte Bois le Comte ist abgereis't, weil General Dufour einen seiner Gesandtschaftssekretaire nicht nach Luzern lassen wollte, um geheime Depeschen an die dortigen Jesuiten zu bringen. Die Schweizer sind mit Recht empört über die perfiden, verläumderischen Artikel, welche das Hofjournal, das „Journal des Débats“ seit längerer Zeit über die Schweiz bringt. Wie es heißt hat Hr. Bluntschli, das Haubt der Liberal-Konservativen in Zürich, jenem Journal 150,000 Fr. gezahlt, damit es jene Artikel als leitende aufnähme. Das heißt die öffentliche Verachtung theuer bezahlen. Die Schweizer kümmern sich nicht um des Holzgrafen Abreise, auch nicht um eine fremde Intervention; sie sind fertig, ehe es dazu kommt. An eine Beilegung des Streites durch den Pabst, ist auch nicht mehr zu denken, seit sich der Nuntius in Luzern fast als Feldprediger gerirt hat. Hoffentlich werden die Eidgenossen aber den günstigen Zeitpunkt zu einer Bundesrevision nicht vorüber gehen lassen und eine starke einheitliche Regierung an die Stelle der bisherigen Zersplitterung setzen. Dabei kann die Souveränität der einzelnen Kantone für innere Angelegenheiten sehr wohl bestehen, wie das Beispiel von Nordamerika zeigt. — Neufchatel ist für die Folgen seiner Weigerung, sein Kontingent zu stellen, was sogar Baselstadt that, verantwortlich erklärt. Vielleicht läßt die Tagsatzung des Friedens wegen die Sache auf sich beruhen; aber Preußen hat gar kein Recht in einer etwa gegen Neufchatel verfügten Exekution eine Beleidigung oder gar eine Feindseligkeit zu erblicken. Die Akte von 1814, durch welche Neufchatel in die Eidgenossenschaft aufgenommen wurde, sagt mit dürren Worten Art. 1: „diese Aufnahme findet unter der ausdrücklichen Bedingung statt, daß die Erfüllung aller Verpflichtungen, welche dem Stande Neuenburg als Glied der Eidgenossenschaft obliegen, die Theilnahme dieses Standes an der Berathung der allgemeinen Angelegenheiten der Schweiz, die Ratifikation und Vollziehung der Beschlüsse der Tagsatzung ausschließlich die in Neuenburg residirende Regierung betreffen werden, ohne daß dafür eine weitere Sanktion erforderlich sei.“ Es ist also nur der Stand Neuenburg der Tagsatzung für seine Neutralitäts-Erklärung d. h. für seine Weigerung,

den Beschlüssen der Tagsatzung Folge zu leisten, verantwortlich. Preußen hat nichts damit zu schaffen; auch ist General Pfuel nach Paris abgereis't.

Holland. Der Finanzminister van Hall ersucht die Handelskammern, sie möchten die ihnen zugestellten Entwürfe über die Erhebung der Eingangs-, Ausgangs- und Transitzölle, so wie der Accisen und des Tonnengeldes, die sie begutachten sollen, ja recht geheimhalten, damit kein Zeitungsschreiber Kunde davon erhielte. Bureaukratischer kann man sogar in Schwaben, dem Eldorado der Bureaukratie, nicht sein. So achtet ein konstitutioneller Minister die Oeffentlichkeit, die Stimme des Volkes! —

Frankreich. Wir haben schon oft unsere Indignation über die Verderbniß der herrschenden Klasse in Frankreich ausgesprochen. Ein Skandal jagte den anderen, eine Gräuelthat die andere. In Neapel hat sich Graf Bresson, dessen sich Louis Philipp so gern bei intrikaten Fällen zu bedienen pflegte, den Hals abgeschnitten, wie es heißt aus gekränktem Ehrgeiz, weil Hr. Guizot ihn nicht wieder nach Madrid schicken wollte, dem Schauplatz seiner siegreichen Intriguen. Graf Mortier in Paris wollte in einem Anfalle von Wahnsinn seine Kinder ermorden; 3 Stunden lang unterhandelten seine Frau und die Aerzte von der verschlossenen Thüre aus mit dem Wahnsinnigen, ehe er sein Messer bei Seite legte und ergriffen werden konnte. Aber neben allen diesen haarsträubenden Geschichten sehen wir auch wieder erhebende Beispiele von dem tiefen sittlichen Gefühl des Volkes und der furchtbaren Gewalt der öffentlichen Meinung. Ein Graf Gomer hatte einen Bauerbauerschen, den er schon mehrmals als Holzfrevler betroffen hatte, mit der brutalen Grausamkeit eines Jagdherrn trotz seines Flehens von einem Baume herabgeschossen. Der Bursche war nicht gefährlich verwundet; das Gericht verurtheilte den Grafen zu einer leichten Gefängnißstrafe und zu einer Geldentschädigung. Damit wäre in Deutschland die Sache vollständig erledigt gewesen; sie wäre vielleicht nicht einmal so weit gekommen, wie der im vorigen Hefte aus Darmstadt erzählte Fall neuerdings wieder beweis't. Anders in Frankreich. Die öffentliche Stimme beurtheilte die brutale That des Grafen härter, als das Gericht; überall fand er Verachtung, Jeder mied ihn, wie einen Aussätzigen. Das brachte ihn zur Verzweiflung, und der junge überreiche Mann erschoß sich unter demselben Baume, von dem er den armen Burschen freventlich herabgeschossen hatte. Die öffentliche Meinung war die Nemesis, welche den Grafen in den Tod trieb, weil er dem menschlichen Sittlichkeitsgefühl Hohn zu sprechen gewagt hatte! Ein solches Beispiel wiegt wieder manchen Skandal auf; in unserem stillen Lande bleibt Vieles verschwiegen. — Fräulein Deluzi ist, als der Betheiligung am Morde der Herzogin v. Praslin nicht verdächtig, entlassen und hat sich nach England begeben. —

England. Wiederum sind Abgeordnete aus 17 Fabrikdistrikten zu Manchester zusammengetreten, um weiteren Bericht über den entmuthigenden Zustand der Dinge zu erstatten. Die Fabrikherren wollen keinen höheren Lohn zahlen; die Fabriken werden weiter geschlossen oder arbeiten nur halbe Zeit; für Geld ist billig, für Wechsel dagegen fast gar nicht zu

kaufen. 12 Stunden um Manchester herum haben jetzt zu Ashton und Moßlei 30,000 Menschen, darunter 3000 Spinner die Arbeit eingestellt; außerdem werden noch 10 — 12,000 entlassen. In Bolton sind 14 Fabriken geschlossen,. 47 arbeiten kurze Zeit, nur 20 sind ganz beschäftigt; auf 3208 vollbeschäftigte Arbeiter kommen da 7728 mit kurzer Arbeitszeit und 2645 Arbeitslose. Ebenso entlassen die Eisenbahndirektionen aus Mangel an Geld Schaaren von Arbeitern; man berechnet, daß dadurch im Laufe des Winters 150,000 Menschen brodlos werden. Die brodlosen Arbeiter haben sich bis jetzt keinen Exzessen hingegeben. „Wir verabscheuen die Gewaltthat, sagen die Arbeiter zu Blackburne, wir mögen das Eigenthum Anderer nicht berühren; aber wir können und wollen uns auch dem Hungertode nicht unterwerfen; denn nach unseren Gesetzen haben wir ein Recht (wie wird die „Deutsche Ztg.," in specie ihr Berliner Korrespondent schaudern!) auf Unterstützung, so lange noch Andere im Ueberfluß schwelgen." Allerdings; leistet ihnen zeitig Hülfe, damit sie nicht durch den Hunger zu Gewaltthaten gezwungen werden.

Der Geldmarkt hat sich etwas gebessert; Lord Russell räth daher der Bank, den außerordentlich erhöhten Diskonto wieder herabzusetzen. Angesichts der Handelskrisis und des offenen Krieges der Besitzlosen gegen die Besitzenden in Irland ist das Parlament zusammen getreten. Die Thronrede spricht von der Geldkrisis, als wenn sie schon überstanden wäre, und von der Nothwendigkeit, dem Elend und den Verbrechen in Irland zu steuern. Das ist leicht gesagt, aber ohne eine radikale Umgestaltung des gegenwärtigen Verkehrs und der Agrarverhältnisse in Irland schwerlich auszuführen. —

Die „Times" sind gewaltig zornig über über die Protestation, welche der Pabst durch die Propaganda gegen die Errichtung wissenschaftlicher, vom Klerus unabhängiger Hochschulen in den Haubtstädten der 4 Provinzen Irlands erlassen hat. Der Pabst möge bedenken, daß er es England verdanke, wenn die Oesterreicher nur Ferrara besetzt hätten; „aber, sagen die „Times," er regiert wie alle Päbste die Priester und durch diese das Volk." —

Spanien. Die Kortes sind eröffnet; die Thronrede war so, wie man sie überall zu hören bekommt; der König sah verdrießlich aus, was man ihm freilich nicht verdenken kann. Pallastintriguen, Scharmützel zwischen den Königl. Truppen und den Karlisten sind stehende Artikel in den Zeitungen. Die unschuldige Isabella läßt auf Christinens Rath allgemach bedeutende Summen im Auslande anlegen, weil sie — eine Reise machen will. Die Finanzen des Landes werden dadurch freilich so wenig gebessert, als durch die vielen Millionen, welche Christine in Sicherheit brachte; freilich ist nicht viel mehr daran zu verderben. Außerdem ließ General Narvaez einen Sänger Mirall im Pallast aufgreifen und aus Madrid bringen, weil Ihre Majestät mit demselben in Serrano's Abwesenheit durchaus bis Nachts um 2 Uhr Duette singen wollte. Ich begreife nicht, was den General diese musikalische Leidenschaft seiner Königin angeht, wenn er als Soldat auch nicht verpflichtet ist, ein künstliches Duett lieber zu hören, als einen Trommelwirbel. — Espartero hat die ihm angebotene Botschafterstelle in London, wie zu erwarten stand, abgelehnt, weil er nicht

reich genug sei, mit dem gehörigen Glanze aufzutreten. Er ist beordert, vorläufig aus Spanien wegzubleiben. —

Italien. In Rom drohte eine ernstliche Verstimmung zwischen dem Pabste und der Partei des Fortschritts auszubrechen. Der „Contemporaneo" zog in einem berühmt gewordenen Artikel dagegen zu Felde, daß sich die ultramontanen Politiker in Belgien und der Schweiz als „katholische Partei" bezeichneten; es sei aber Unrecht, den Katholizismus für gleichbedeutend mit dem Absolutismus und Jesuitismus zu halten. Der „Contemporaneo" war der Ansicht, Luzern müsse die Jesuiten des Friedens wegen fallen lassen; es würde dem Katholizismus sehr schaden, wenn es sie mit den Waffen schützen wollte. Der Pabst, der es mit den Jesuiten nicht verderben wollte, desavouirte jenen Artikel gegen die „katholische Partei" „mit tiefem Schmerz;" er sei ja nicht als die Ansicht des päbstlichen Stuhles zu nehmen, nur die Nachläßigkeit der Censur sei Schuld, daß er nicht sogleich unterdrückt sei. Der Censor Prof. Betti wurde wirklich abgesetzt und die Zügel der Censur sollten straffer angezogen werden. Schon konnten einzelne Journale zuweilen nicht erscheinen; aber der Unwille der Römer brach so heftig hervor, die Journalisten liehen ihm in einer energischen Adresse so beredte Worte, daß der Censor Betti wieder eingesetzt wurde. Das versöhnte, und was etwa noch von Mißhelligkeiten übrigblieb, das verwischte der Enthusiasmus, mit welchem die Römer die eben erfolgte Einberufung der Consulta, der berathenden Notablen begrüßten. Die „Köln. Ztg.," welche in diesen Notablen „eigentliche Volksvertreter" sieht, erinnert uns stark an den edlen Manchaner, welcher auch Alles verkehrt sah u. u. A. Eseltreiber für Palatine hielt; eine solche jugendliche Ueberschwenglichkeit paßt sich gar nicht für die matronenhafte Ehrbarkeit und das graue Papier der „Köln. Ztg." Es ist recht schön, daß in dieser Consulta Literaten, Advokaten und sogar weiland politische Flüchtlinge sitzen; es ist auch ganz gut, daß bei dieser Consulta Uditoren angestellt sind, welche später bei Besetzung von Staatsämtern allen übrigen Bewerbern vorgezogen werden sollen. Aber von „Volksvertretung" kann nicht eher die Rede sein, bis die Vertreter wirklich gewählt werden und nicht bloß Rath ertheilen können, sondern auch Mittel haben, welche die Befolgung desselben sichern.

Ein wichtiges Ereigniß, vielleicht ein Vorläufer einer künftigen Einheit Italiens ist der zwischen Sardinien, Rom und Toskana abgeschlossene Zollverein, welcher möglichst auf die Grundsätze des freien Handels basirt werden soll. Der König v. Sardinien, welcher auch die Censur fast beseitigt und die Unterdrückung der Spezialtribunale, die Oeffentlichkeit bei den Gerichten und die Einrichtung eines Cassationshofes verfügt hat, ist sehr populär geworden und in Genua namentlich festlich empfangen. In dem Zuge befanden sich auch 50 Mönche, deren Fahne die Inschrift Viva Gioberti trug. Es ist hübsch, daß M ö n c h e dem bedeutendsten Gegner der Jesuiten ein Vivat bringen.

Ernste Verwickelungen drohen in Oberitalien. Toskana suchte den Landstrich Lunigiana, welcher an Modena fallen sollte, auf Andringen der Bewohner sich selbst mit Opfern zu erhalten. Modena schien erst auf die Vorschläge einzugehen, besetzte aber dann die Landschaft auf eine hinter-

listige Weise. Die Erbitterung der Bewohner war groß, in Fivizzano floß sogar Blut, wodurch die Stimmung nicht besser wurde. Toskana ist beleidigt und bei der aufgeregten Stimmung Italiens kann der kleinste Funken den Brennstoff entzünden. —

Rußland. Die Regierung hat wieder ein neues Mittel zur Vernichtung der polnischen Nationalität gefunden. In Lithauen gibt es viele bis zum Betteln verarmte Edelleute. Die Regierung nimmt sich ihrer großmüthig an und siedelt sie auf Kronländereien über, aber nicht auf die Dank den Konfiskationen unermeßlichen Kronländereien in Polen, sondern auf die in Simbirsk und Tobolsk in Sibirien. Eine recht naive Form für ewige Verbannung aus dem Vaterlande!

Oesterreich. Die Oesterreichische Regierung geht immer sehr gründlich bei ihren konservativen Bestrebungen zu Werke, wie sie denn z. B. nicht nur die verbotenen Bücher konfiszirt, sondern den ganzen Ballen, in dem sie enthalten waren. Das trägt denn auch seine Früchte.

Es ist bekannt, daß die Italiener eine sehr große Abneigung gegen Oesterreich haben; diese Abneigung steigert sich jetzt bis zum Haß gegen alle Deutsche.

In Böhmen ist die Regierung mit den Ständen in harten Konflikt gerathen, indem sie deren gesetzliche Befugnisse ohne Noth arg verletzte. Sie scheint jedoch von den angedrohten Gewaltmaaßregeln zur exekutorischen Beitreibung der verweigerten Steuer abzustehen und hat vielmehr den Oberstburggraf Salm-Reifferscheid abberufen, obgleich dieser nur ihre Befehle erfüllte.

In Lemberg in Gallizien ist der Präsident des Untersuchungstribunals für politische Gefangene, Zaiaczkowski, der sich durch besondere Härte hervorgethan hat, auf der Promenade niedergeschossen. Der Pole verzeiht dem Polen solche Dienste am wenigsten. Einem Maueranschlage zufolge sind noch 14 Personen mit dem gleichen Tode bedroht. Wer Rache und Verzweiflung säet, kann sich nicht wundern, wenn er Rache und verzweifelte That erntet.

Den härtesten Stand hat Oesterreich in Ungarn, wo die radikale Partei auf dem eben eröffneten Reichstage dießmal stark vertreten ist. Wir theilten in einem früheren Hefte eine Probe aus dem Programm der Radikalen mit. Die ungarischen Freiheiten passen wenig zu den sonstigen österreichischen Gewohnheiten, weil sie zu sehr dagegen abstechen — und böse Beispiele verderben gute Sitten. Indessen muß man hier in den sauern Apfel beißen. Deßhalb und um den neuen Palatin, Erzherzog Stephan, populär zu machen, hat die Regierung dem Reichstage Propositionen vorgelegt, die sie in jedem anderen Erblande wohl gar verfolgen würde. Es findet sich darunter eine über ein angemessenes Stimmrecht der königl. Freistädte und der Bergwerksstädte, so wie über das Stimmrecht der Kapitel und der freien Bezirke; über Modifizirung der bisher bestehenden Gesetze über Erwerb und Veräußerung adlichen Grundbesitzes (Aviticität); über die Beseitigung der Schwierigkeiten bei der Robot-Ablösung; und endlich gar über die Aufhebung der Zollgränze zwischen Ungarn und den deutsch-österreichischen Provinzen. Die Liberalen würden von diesen Propositionen noch mehr befriedigt sein, wenn sie nicht fürchteten, die Regierung habe sie nur an die Hand genommen, um sie eben in der Hand zu behalten.

Rheda, den 26. November 1847. L.



